



Bank
für Sozialwirtschaft

Geschäftsbericht 2015



Bank
für Sozialwirtschaft

Bericht über das 93. Geschäftsjahr 2015

Berlin und Köln

Teamgeist

Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile: Mit dem richtigen Teamgeist erzielt eine Gruppe von Menschen Ergebnisse, deren Qualität durch eine positive Dynamik verstärkt wird. Nirgendwo zeigt sich das deutlicher als im Mannschaftssport. Jede und jeden im Team so einzusetzen, dass die individuellen Stärken optimal auf das gemeinsame Ziel hinwirken können, ist eine Kunst für sich – und die erste Voraussetzung für ein erfolgreiches Team. Das gilt im Sport wie im Geschäftsleben.

Gemeinsam mit Ihnen – unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ebenso wie unseren Kundinnen und Kunden – möchten wir die bestmöglichen Antworten auf Ihre Fragen an unsere Bank finden. Gegenseitige Unterstützung ist ebenso gefragt wie interdisziplinäres Zusammenwirken. Unser Vorschlag: Lassen Sie uns den Mannschaftssport als Vorbild nehmen!

Inhalt

Zur strategischen Ausrichtung	4
BFS auf einen Blick	7
Aufsichtsrat	8
Organe	9
Zentralbeirat	10
Bericht des Vorstandes	14
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	14
Entwicklungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft	19
Lagebericht 2015	26
Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	47
Entwicklung der verbundenen Unternehmen	52
Bericht des Aufsichtsrates	58
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2015	64
Gewinn- und Verlustrechnung 2015	66
Anhang 2015	68
Bestätigungsvermerk	81
Geschäftsstellen und Repräsentanzen	82
Impressum	84

Zur strategischen Ausrichtung

Die Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft gehören in Deutschland zu den Wachstumsmärkten. Die Inanspruchnahme von Pflege-, Behandlungs- und Unterstützungsleistungen steigt ebenso wie die Zahl der Arbeitsplätze seit Jahren an; die Prognosen sind weiter positiv. Zugleich gewinnt für die Marktakteure die Finanzierung über den Banken- und Kapitalmarkt weiter an Bedeutung. Diese Entwicklungen prägen die Strategie der Bank für Sozialwirtschaft AG.

Unser strategisches Kernziel bleibt die nachhaltige Positionierung als führendes Spezialkreditinstitut für die Sozial- und Gesundheitswirtschaft. Dazu gehören eine Fortsetzung des qualitativ wie quantitativ ertragsstarken Wachstums ebenso wie eine Steigerung des Marktanteils der Bank für Sozialwirtschaft AG. Unser Ziel ist es, die positive Geschäftsentwicklung der vergangenen Jahre auf einem hohen Niveau zu konsolidieren. Für das Geschäftsjahr 2015 wurde dieses Ziel erreicht.

Relevant für die Geschäftstätigkeit waren im vergangenen Jahr vor allem das anhaltende Niedrigzinsumfeld und die steigenden regulatorischen Anforderungen. Beide haben wir zwar als prognostizierte Rahmenbedingungen bereits in der Geschäfts- und Risikostrategie 2014 berücksichtigt. Die Auswirkungen der ungebrochen expansiven Geldpolitik der EZB und die Dimension des Umsetzungsaufwandes der konkreten aufsichtsrechtlichen Vorgaben auch für ein Kreditinstitut unserer Größenordnung haben unsere Erwartungen jedoch übertroffen.

Für die nächsten Jahre rechnen wir mit weiterhin anspruchsvollen Rahmenbedingungen. Neben einer immer intensiveren und europaweit einheitlichen Bankenaufsicht sehen wir als Herausforderungen vor allem einen zunehmenden Wettbewerb im Bankenmarkt und sich wandelnde Versorgungs- und Finanzierungsstrukturen in den Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft. Diese werden durch die Digitalisierung und die demografische Entwicklung noch beschleunigt.

Dennoch wird das Wachstum der Bank weiterhin aus eigener Kraft erfolgen können. Auch unter sich verschärfenden aufsichtsrechtlichen Vorgaben werden wir das erforderliche Eigenkapital vorrangig aus Gewinnthesaurierungen generieren. Daher möchten wir auch in Zukunft erster Ansprechpartner der Sozial- und Gesundheitswirtschaft sein, wenn es um Geld- und Finanzierungsfragen geht. Unser Ziel bleibt es, durch attraktive Angebote, partnerschaftliche Kundenbeziehungen und eine langfristige Kundenbindung die positive Entwicklung unseres Unternehmens fortzusetzen. Die Erfolgsaussichten dafür schätzen wir weiterhin sehr positiv ein.

Im Zuge der Diversifizierung der Versorgungsmodelle in den Einzelbranchen unserer Kunden wird für Investoren eine qualifizierte Beurteilung zukunftsfähiger Geschäftsmodelle noch wichtiger als bisher. Deshalb gehört der kontinuierliche Ausbau unserer Expertise in den Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft und unserer Instrumente zur Risikobeurteilung zu den elementaren Bestandteilen unserer Strategie. Diese Maßnahmen tragen zudem dazu bei, dass wir die aufsichtsrechtliche Vorgabe einer differenzierten Risikomessung erfüllen können.

Um die Basis für das weitere Wachstum unserer Bank zu verbessern, arbeiten wir vor dem Hintergrund der Anforderungen aus dem Kundengeschäft sowie gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Vorgaben an einer nachhaltigen Steigerung unserer Prozesseffizienz und Prozessqualität. Insbesondere von einer Optimierung der Schnittstellen zwischen Markt und Marktfolge versprechen wir uns eine intensivere Kundenbetreuung und damit eine weitere Steigerung der Leistungsfähigkeit unserer Bank.

Eine wichtige Herausforderung sehen wir vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und des erwarteten weiteren Wachstums unserer Bank darüber hinaus in der Gewinnung und Bindung qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich mit den Zielen und Werten unseres Hauses identifizieren können. Daher arbeiten wir an einer weiteren Stärkung der „Arbeitgebermarke BFS“.

Wie wir im Geschäftsjahr 2015 konkret aktiv waren, welche Ergebnisse wir erzielt haben und wo wir im Jahr 2016 die Basis sehen, um unsere Position als Partner der Sozial- und Gesundheitswirtschaft auszubauen, berichten wir Ihnen auf den folgenden Seiten.

Der Vorstand



Prof. Dr. Harald Schmitz



Thomas Kahleis



Oliver Luckner

BFS auf einen Blick

	31.12.2015 in Mio. EUR	31.12.2014 in Mio. EUR	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Bilanzsumme	9.360,5	9.314,8	45,7	0,5
Eigengeschäft	9.187,8	9.140,7	47,1	0,5
Gezeichnetes Kapital und offene Rücklagen	449,7	399,7	50,0	12,5
Forderungen an Kreditinstitute	3,8	204,1	-200,3	-98,1
Wertpapiere	3.604,6	3.654,4	-49,8	-1,4
Forderungen an Kunden	5.416,0	5.179,7	236,3	4,6
Treuhandkredite	172,7	174,1	-1,4	-0,8
Einlagen von Kreditinstituten	1.699,0	1.637,0	62,0	3,8
Einlagen von Kunden	6.742,8	6.787,9	-45,1	-0,7
• täglich fällig	5.439,7	5.034,0	405,7	8,1
• Festgelder	942,5	1.474,5	-532,0	-36,1
- davon Sparbriefe	27,0	36,7	-9,7	-26,4
• Spareinlagen	360,6	279,4	81,2	29,1
Zinsüberschuss	143,6	143,6	0,0	0,0
Provisionsergebnis	3,4	3,9	-0,5	-12,8
Betrieblicher Aufwand	-73,1	-66,4	-6,7	10,1
Betriebsergebnis	81,5	83,9	-2,4	-2,9
Jahresüberschuss	42,8	60,7	-17,9	-29,5

Aufsichtsrat

Wolfgang Altenbernd

Geschäftsführer a. D.,
(AWO – Arbeiterwohlfahrt – Bezirksverband Westliches
Westfalen e. V., Dortmund),
Lünen

Martina Arends

Vorstand a. D.,
(AWO – Arbeiterwohlfahrt – Bundesverband e. V.),
Oldenburg
(Stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrates)

Christian Graf von Bassewitz

Bankier i. R.,
Hamburg

Dr. Robert Batkiewicz

Stiftungsdirektor,
Caritas Stiftung Deutschland e. V.,
Köln

Dr. Matthias Berger

Wirtschaftsprüfer,
Waldshut-Tiengen
(Vorsitzender des Aufsichtsrates)

Dr. Norbert Emmerich

Bundesschatzmeister,
DRK, Deutsches Rotes Kreuz e. V., Präsidium,
Berlin

Dr. Jörg Kruttschnitt

Vorstand Recht, Sozialökonomie und Personal,
Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband,
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.,
Berlin

Ulrich Lilie

Präsident,
Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband,
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.,
Berlin

Hans Jörg Millies

Finanz- und Personalvorstand,
Deutscher Caritasverband e. V.,
Freiburg im Breisgau

Dr. Ulrich Schneider

Hauptgeschäftsführer,
Der Paritätische Gesamtverband e. V.,
Berlin

Prof. Dr. Friedrich Vogelbusch

Wirtschaftsprüfer/Steuerberater,
Dresden

Michael Warman

Vorstand,
Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.,
Frankfurt am Main

Organe

Vorstand

Prof. Dr. Harald Schmitz, Vorsitzender, Köln

Thomas Kahleis, Köln

Oliver Luckner, Köln

Prokuristen

Bernd Bauer, Direktor Informationstechnologie, Köln

Hartmut Biering, Hauptabteilungsleiter Kredit, Köln
(seit 23. März 2015)

Anton Bonnländer, Leiter Anlagemanagement, Köln

Ulf Hartmann, Direktor Marktbereich Süd-/Westdeutschland, Köln

Joachim Helms, Direktor Marktfolge, Köln

Enrico Meier, Direktor Marktbereich Nord-/Ostdeutschland, Köln

Wolfgang Roßmar, Direktor Unternehmenssteuerung, Köln

Klaus Schubert, Direktor Personal, Organisation, Recht und Verwaltung, Köln

Kerstin Switala, Bereichsleiterin Unternehmenskommunikation (seit 23. März 2015)

Zentralbeirat

Dr. Stefan Arend

Vorstand, Kuratorium Wohnen im Alter gAG, Hauptverwaltung, Unterhaching

Manfred Boos

Bereichsleiter Finanzen und Verwaltung, UNICEF Deutschland, Köln

Dietmar Bühler

Vorstand, Benedict-Kreutz-Stiftung, Freiburg im Breisgau

Andrea Büngeler

Stellv. Landesgeschäftsführerin, Geschäftsbereich Finanzen Organisation, Der Paritätische Nordrhein-Westfalen e. V., Wuppertal

Armin von Buttlar

Vorstand, Aktion Mensch e. V., Bonn

Klaus Dahlmeyer

Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Baden e. V., Karlsruhe

Uwe Deh

Geschäftsführender Vorstand, AOK-Bundesverband GbR, Berlin (Mitglied des Zentralbeirates bis zum 1. Juli 2015)

Alfons Donat

Geschäftsführer, Dernbacher Gruppe Katharina Kasper, Dernbach

Christoph Dürdoth

Vorstand, St. Josefshaus Hertfen, Rheinfelden

Prof. h.c. Dr. rer. pol. Hans-Jürgen Ebel

Geschäftsführender Gesellschafter, Dr. Ebel Fachkliniken, Bad Karlshafen

Birgit Eckhardt

Vorsitzende, Der Paritätische Niedersachsen e. V., Hannover

Thomas Eisenreich

Geschäftsbereichsleiter, Verband diakonischer Dienstgeber in Deutschland e. V., Berlin

Rifat Fersahoglu-Weber

Vorsitzender des Vorstandes, AWO Bezirksverband Braunschweig e. V., Braunschweig

Thiemo Fojkar

Vorsitzender des Vorstandes, IB Internationaler Bund, Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e. V., Frankfurt am Main

Dr. Gabriele Girke

Landesgeschäftsführerin,
Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt, Magdeburg

Dr.-Ing. Herbert Günther

Geschäftsführer, DRK Gemeinnützige Krankenhaus GmbH
Sachsen, DRK Krankenhaus Chemnitz-Rabenstein, Chemnitz

Prof. Dr. Hanns-Stephan Haas

Vorstand, Evangelische Stiftung Alsterdorf, Hamburg

Michael Hack

Geschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt, Alten-, Jugend- und
Sozialhilfe gGmbH, Erfurt

Claus Helmert

Bereichsleiter Haushalt und Finanzen, Der Paritätische
Gesamtverband e. V., Berlin

Uwe Hildebrandt

Geschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband West-
liches Westfalen e. V., Dortmund (Mitglied des Zentralbeirates
seit dem 1. Januar 2016)

Verena Hölken

Finanzvorstand, Malteser Deutschland gGmbH, Köln

Dr. Markus Horneber

Vorsitzender des Vorstandes, Agaplesion gAG, Frankfurt am
Main

Friedhelm Kamps

Geschäftsführer, Deutsches Jugendherbergswerk,
Landesverband Rheinland e. V., Düsseldorf

Professor Dr. Dr. h.c. (mult.) Franz Peter Lang

Vorsitzender des Vorstandes, Wohnungsgenossenschaft
Essen-Nord eG, Essen

Dr. Sven Langner

Geschäftsführer, Elisabeth Vinzenz Verbund GmbH,
Berlin (Mitglied des Zentralbeirates bis zum 1. Juli 2015)

Oswald Menninger

Geschäftsführer, DPWV - Deutscher Paritätischer Wohl-
fahrtsverband, Landesverband Berlin e. V., Berlin

Thomas Neeb

Geschäftsführer, Johanniter Seniorenhäuser GmbH, Berlin

Andreas Niedermeier

Sprecher der Geschäftsleitung, AWO – Arbeiterwohlfahrt,
Bezirksverband Oberbayern e. V., München

Dr. Peter Olijnyk

Geschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt Müritz e. V., Waren

Thorsten Ostermann

Geschäftsführender Gesellschafter, OSTERMANN POTT & CIE., HEALTHCARE ADVISORS GMBH & CO. KG., Bonn

Dietmar Pawlik

Kaufmännischer Geschäftsführer, Städtisches Klinikum München GmbH, München

Christian Reuter

Vorstand, Deutsches Rotes Kreuz e. V., Berlin

Prof. Dr. Rainer Salfeld

Geschäftsführender Gesellschafter, Artemed SE, Tutzing

Klaus Schilling

Geschäftsführer, MEDIGREIF Unternehmensgruppe, Greifswald

Bernd Schmitz

Vorstand, Deutsches Rotes Kreuz e. V., Berlin
(Mitglied des Zentralbeirates bis zum 1. Juli 2015)

Wolfgang Stadler

Vorsitzender des Vorstandes, Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband, Berlin (Mitglied des Zentralbeirates seit dem 1. Januar 2016)

Leonhard Stärk

Landesgeschäftsführer, Bayerisches Rotes Kreuz, München

Dr. Christoph Straub

Vorsitzender des Vorstandes, BARMER GEK, Berlin
(Mitglied des Zentralbeirates seit dem 1. Juli 2015)

Bericht des Vorstandes

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat ihren soliden und stetigen Wachstumskurs im Jahr 2015 fortgesetzt. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag mit einem Zuwachs von 1,7 % geringfügig über dem Niveau des vorangegangenen Jahres (+1,6 %). Dabei vollzog sich das Wirtschaftswachstum im Jahresverlauf stetig. Die vierteljährlichen Veränderungsdaten des BIP zeigten im Gegensatz zu früheren Jahren nur wenige Schwankungen. Im europäischen Vergleich nimmt die deutsche Wirtschaft einen Mittelfeldplatz ein. Nachdem es in den europäischen Ländern in den Vorjahren teilweise kräftige Rückgänge der Wirtschaftsleistung gegeben hat, konnten die meisten im Jahr 2015 wieder signifikante Steigerungen verzeichnen.

Binnennachfrage fast alleiniger Wachstumsmotor

Das Wirtschaftswachstum des vergangenen Jahres wurde fast ausschließlich durch den Anstieg der Binnennachfrage getragen. So konnten die Konsumausgaben des Staates um 2,8 % und die privaten Konsumausgaben mit einem Plus von 1,9 % deutlich gesteigert werden. Begünstigt wurde der seit 15 Jahren stärkste Zuwachs des privaten Konsums durch die gute Lage am Arbeitsmarkt, steigende Reallöhne sowie insbesondere durch eine nur moderate Zunahme der Verbraucherpreise. Die seit 2011 rückläufige Inflation lag im Jahresdurchschnitt 2015 bei 0,3 %. Prägend für die geringe Jahresteuerrate war ein starker Preisrückgang von Mineralölprodukten (z. B. leichtes Heizöl -23,1 % und Kraftstoffe -10,0 %).

**Inflation im
Jahresdurchschnitt
bei 0,3 %**

Der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen (+3,6 %) ist bedingt durch eine nach wie vor herrschende hohe Unsicherheit über die künftige Wirtschaftsentwicklung in 2015 erneut hinter den Wachstumsraten vergangener Aufschwungphasen zurückgeblieben. Da es zudem aus gesamtwirtschaftlicher Sicht zu einem Vorratsabbau kam, fiel der Wachstumsbeitrag der Investitionen negativ aus (-0,1 %). Insgesamt betrachtet trug die Binnennachfrage 1,6 Prozentpunkte zum Anstieg des BIP bei.

Außenhandel trotz dem schwierigen Umfeld

Der grenzüberschreitende Handel wurde weiterhin von einem schwierigen außenwirtschaftlichen Umfeld geprägt. Trotzdem konnte er im Jahresdurchschnitt 2015 an Dynamik gewinnen. Die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen übertrafen den Wert des Jahres 2014 preisbereinigt um 5,4 %. Das Exportgeschäft wurde dabei durch einen merklichen Anstieg der Warenausfuhren in Länder der Europäischen Union stimuliert. Dämpfend wirkte vor allem die Konjunkturschwäche der zweitgrößten Volkswirtschaft China. So war beispielsweise bei den Ausfuhren der Automobil- und Maschinenbaubranche nach China erstmals seit 18 Jahren ein Rückgang zu beobachten. Parallel zu den Exporten stiegen die Importe in einer ähnlichen Größenordnung (+5,7 %). Der daraus resultierende Außenbeitrag steuerte folglich nur einen geringen positiven Beitrag in Höhe von 0,2 Prozentpunkten zum BIP-Wachstum bei.

Arbeitslosigkeit auf niedrigem Niveau

Der Arbeitsmarkt hat sich im Zuge der positiven konjunkturellen Lage günstig entwickelt. Dies zeigt sich durch einen signifikanten Anstieg sowohl bei der Erwerbstätigkeit als auch bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Zudem ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland im vergangenen Jahr mit 2,795 Millionen auf den niedrigsten Stand seit 24 Jahren gesunken. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote hat sich infolgedessen um 0,3 Prozentpunkte auf 6,4 % verringert. Die Zuwanderung durch Flüchtlinge hatte noch keine Auswirkungen auf die Arbeitslosenzahl.

**starke Zunahme
sozialversicherungs-
pflichtiger Beschäf-
tigung**

Einen neuen Höchststand erreichte die Anzahl der Erwerbstätigen. Im Jahresdurchschnitt 2015 war ein Zuwachs um 329.000 auf 43,03 Millionen zu verzeichnen. Wie in den Vorjahren hat die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit einer Steigerung von 567.000 auf 30,77 Millionen Arbeitnehmer noch stärker zugenommen.¹ Der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung fußt sowohl auf mehr Vollzeit- als auch auf mehr Teilzeitbeschäftigung. Jedoch hat sich der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigung weiter erhöht. Eine Betrachtung nach statistischen Wirtschaftszweigen zeigt überwiegend Zuwächse. Die größten Steigerungen konnten die Bereiche Qualifizierte Unternehmensdienstleistungen (+86.000 bzw. 4,0 %) sowie Pflege und Soziales (+76.000 bzw. 3,8 %) verzeichnen.

Staatshaushalt weiter auf Konsolidierungskurs

Der Staatssektor – dazu gehören Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen – hat das Jahr 2015 nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes mit dem höchsten Finanzierungsüberschuss seit der deutschen Wiedervereinigung in Höhe von rund 19,4 Mrd. EUR abgeschlossen. Damit konnte das zweite Jahr in Folge mit einem positiven Ergebnis beendet werden. Bund, Gemeinden und Sozialversicherungen erzielten jeweils einen Überschuss; die Länder wiesen einen nahezu ausgeglichenen Haushalt aus.

Auf der Einnahmenseite sind die Steuereinnahmen und die Sozialbeiträge, bedingt u. a. durch die günstige Entwicklung von Binnenkonjunktur und Arbeitsmarkt sowie die höheren Tarifabschlüsse, merklich gestiegen. Die Ausgabenseite war geprägt durch eine deutliche Erhöhung der sozialen Sachleistungen aufgrund des im Juni 2014 verabschiedeten Rentenpakets sowie des starken Zustroms an Schutzsuchenden. Andererseits haben die sinkenden Zinszahlungen infolge der gegenwärtig sehr günstigen Refinanzierung am Kredit- und Kapitalmarkt für eine spürbare Entlastung gesorgt. Insgesamt stiegen die Einnahmen im Jahr 2015 mit 3,6 % etwas stärker als die Ausgaben mit 3,0 %.

¹ Weil für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bei Fertigstellung dieses Berichts noch keine Jahresdurchschnitte vorlagen, wurden die Juni-Werte herangezogen, die in der Regel nahe beim Jahresdurchschnitt liegen. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht Dezember und Jahr 2015.

Diese positive Entwicklung führte zu einer Reduzierung der Verbindlichkeiten der öffentlichen Haushalte an den Kredit- und Kapitalmärkten. Die Gesamtverschuldung lag am 30. September 2015 bei 2.027,7 Mrd. EUR. Dies entspricht einem Rückgang um 0,8 % bzw. 16,5 Mrd. EUR gegenüber dem Ende des dritten Quartals 2014.² Gemessen am nominalen BIP ergibt sich für den Staat im Jahr 2015 eine Überschussquote von 0,6 %. Damit konnte Deutschland in der Eurozone als einziges Land neben Estland und Luxemburg einen mindestens ausgeglichenen Staatshaushalt aufweisen.

Geldpolitiken der EZB und der Fed driften weiter auseinander

EZB verstärkt expansive Geldpolitik

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die ohnehin schon expansiven geldpolitischen Rahmenbedingungen im vergangenen Jahr noch einmal gelockert. Bereits in der ersten Sitzung im Januar beschloss der EZB-Rat ein weiteres Programm zum Ankauf von Vermögenswerten. Folglich begann die EZB, ab März 2015 unter Einrechnung der bereits zuvor beschlossenen Aufkaufprogramme jeden Monat Wertpapiere im Wert von 60 Mrd. EUR zu kaufen. Hiermit soll eine Erhöhung der Inflationsrate hin zum mittelfristigen Ziel von rund 2 % erreicht werden.

Da die Maßnahmen im Jahresverlauf nicht den gewünschten Erfolg brachten, wurde Ende des Jahres der Zeitraum des Kaufprogramms von ursprünglich September 2016 auf März 2017 verlängert. Damit stieg der Gesamtumfang von zunächst 1,14 auf 1,50 Bill. EUR. Gleichzeitig wurde der Zins für Übernachteinlagen der Kreditinstitute bei der europäischen Notenbank um 10 Basispunkte auf -0,3 % gesenkt.

zinspolitische Wende der Fed

Für die europäische Gemeinschaftswährung (Euro) sind das zweite Jahr in Folge Kursverluste gegenüber dem US-Dollar zu konstatieren. Der Euro-Dollar-Kurs lag am Jahresende mit 1,09 US-Dollar rund 12 US-Cent unter dem Vorjahreswert. Treiber dieser Entwicklung waren in erster Linie das Auseinanderdriften der Geldpolitiken in Europa und den USA. Im Gegensatz zur EZB hat die US-Notenbank (Fed) im vergangenen Jahr die zinspolitische Wende eingeleitet. Nachdem die Fed den Märkten bereits seit 2014 keine zusätzliche Liquidität mehr zur Verfügung stellt, erhöhte sie im Dezember 2015 den Zielbereich des US-Leitzinses um 25 Basispunkte auf 0,25 bis 0,50 %.

Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds auf die Banken sind noch begrenzt

Robust gezeigt hat sich im letzten Jahr das europäische Finanzsystem. Sowohl der im Jahresverlauf infrage gestellte Verbleib Griechenlands im Euro-Raum als auch der Einbruch des chinesischen Aktienmarktes im Sommer 2015 führten nicht zu Verwerfungen. Das deutsche Bankensystem ist nach

² Aktuellere Daten zur Staatsverschuldung (gem. Finanzstatistik) lagen bei Fertigstellung dieses Berichts noch nicht vor.
Quelle: Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung vom 18.12.2015.

wie vor durch eine strukturelle Ertragsschwäche und ein außerordentlich niedriges Zinsniveau geprägt. Letzteres ist insbesondere bedingt durch das weltweit niedrige realwirtschaftliche Wachstum und den expansiven geldpolitischen Kurs der Zentralbanken.

Verbesserung der Risikotragfähigkeit

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen konnten die deutschen Banken die Risikotragfähigkeit verbessern. Die Eigenkapitalausstattung konnte erhöht sowie der Verschuldungsgrad reduziert werden. Im Juni 2015 lag die durchschnittliche Kernkapitalquote der deutschen Banken bei 15,6 % und folglich 0,6 Prozentpunkte über dem Stand des Vorjahres. Des Weiteren gibt es derzeit kaum Anzeichen, dass die Banken systematisch höhere Kreditrisiken eingehen, um ihre Erträge zu stabilisieren.

Die aktuelle Lage darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein fortdauerndes Niedrigzinsumfeld in Verbindung mit der strukturellen Ertragsschwäche mittelfristig erhebliche Risiken für das Bankensystem birgt. Unter Druck geraten können insbesondere kleine und mittlere Banken, die traditionell einen Großteil ihrer Erträge aus dem Kredit- und Einlagengeschäft erwirtschaften und in erheblichem Umfang Fristentransformation betreiben.

Schwache Kreditnachfrage von Unternehmen

Die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen – abhängig von ihrer Bonität – waren auch im Jahr 2015 außerordentlich günstig. Der ifo Kredithürdenindikator lag im gesamten Jahr auf einem sehr niedrigen Niveau. Nur rund 15 % der gewerblichen Unternehmen berichteten am Jahresende 2015 über eine Einschränkung des Zugangs zu Bankkrediten. Zudem haben im Jahresverlauf eine Vielzahl von Kreditinstituten ihre Kreditbedingungen (z. B. Besicherung und Fristigkeiten) zum wiederholten Male zugunsten der Kreditnehmer angepasst. Ein weiterer Indikator für die guten Finanzierungsbedingungen sind die niedrigen Finanzierungskosten, welche im vergangenen Jahr erneut gesunken sind. So lag beispielsweise im Oktober 2015 der durchschnittliche Zinssatz für langfristige großvolumige Neukredite an Unternehmen bei 1,86 % (Vorjahr 2,17 %).

Trotz des sehr guten Finanzierungsumfelds ist das Kreditneugeschäft der Kreditinstitute mit Unternehmen und Selbstständigen im zweiten Halbjahr 2015 geschrumpft. Damit hat sich der Unternehmenskreditmarkt gegensätzlich zum kräftig wachsenden Markt für Wohnungsbaukredite entwickelt. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die geringe Investitionsdynamik und eine ausgezeichnete finanzielle Lage der Unternehmen.

Rückgang der Unternehmensinsolvenzen verlangsamt sich

Aufgrund der guten Wirtschaftslage hat sich die positive Entwicklung des Insolvenzgeschehens im Jahr 2015 fortgesetzt. In den Monaten Januar bis Oktober 2015 wurden bei den Amtsgerichten 19.389 Unternehmensinsolvenzen gemeldet. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahreszeitraum eine Verringerung um 935 Insolvenzen bzw. 4,6 %. Der Rückgang hat sich gegenüber den Vorjahren aber deutlich verlangsamt (2014: -8,2 %, 2013: -8,5 %). Eine regionale Betrachtung zeigt ein heterogenes

Bild. So waren in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein Zuwächse zu verzeichnen. In allen anderen Bundesländern waren die Insolvenzzahlen rückläufig.

Die Schäden für die Insolvenzgläubiger in Form von voraussichtlichen Forderungsausfällen verringerten sich auf 14,6 Mrd. EUR (2014: 22,1 Mrd. EUR). Infolgedessen sank auch die Zahl der betroffenen Arbeitsplätze von rund 110.000 auf etwa 100.000. In diesen Entwicklungen spiegelt sich wider, dass momentan weitgehend Kleinstunternehmen mit höchstens fünf Beschäftigten (80,4 % der Fälle) das Insolvenzgeschehen in Deutschland prägen.

Bei den Verbraucherinsolvenzen kam es nochmals zu einem deutlichen Rückgang. Bis Ende Oktober 2015 wurden 66.792 Fälle und folglich 5.818 Fälle bzw. 8,0 % weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum gezählt.

Ausblick 2016

Inlandsnachfrage bleibt Konjunktur- stütze

Für das Jahr 2016 zeichnet sich eine Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs mit unverändertem Tempo ab. Wesentliche Stütze wird voraussichtlich die Inlandsnachfrage bleiben, da die Kaufkraft der privaten Haushalte durch Steuersenkungen, moderate Preisniveausteigerungen und eine dynamische Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung gestärkt wird. Auch der staatliche Konsum wird aufgrund der erwarteten Aufwendungen für die Unterbringung und die Integration der Flüchtlinge signifikant zunehmen. Stützend wirken zudem der deutliche Ölpreyrückgang, die niedrigen Zinsen und der für die Exportwirtschaft günstige Wechselkurs des Euro.

Nach aktuellen Prognosen wird für das Jahr 2016 ein Wachstum der deutschen Wirtschaft von rund 1,8 % erwartet. Dies setzt aber voraus, dass die bestehenden Risiken nicht schlagend werden. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang insbesondere eine weitere Eskalation der geopolitischen Krisen sowie das schwache Wirtschaftswachstum in einigen Schwellenländern.

Bericht des Vorstandes

Entwicklungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft

2015 war ein Jahr bedeutender Weichenstellungen für die Sozial- und Gesundheitswirtschaft. Im Pflegesektor wurde nach rund zehn Jahren der Vorbereitung und der politischen Debatte die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs beschlossen. Maßgebliche Strukturveränderungen strebt der Gesetzgeber auch für die Regelungsbereiche der Gesetzlichen Krankenversicherung an. Initiativen wie das Krankenhausstrukturgesetz, das Präventionsgesetz, das Hospiz- und Palliativgesetz sowie das E-Health-Gesetz tangieren gleichzeitig mehrere Leistungsbereiche.

Ungeachtet dessen präsentieren sich die Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft weiterhin als wachstumsorientierte und stabile Wirtschaftszweige. Die Inanspruchnahme der verschiedenen Pflege-, Behandlungs- und Unterstützungsleistungen nimmt zu, und die Beschäftigung wird ausgebaut. Gleichzeitig geht die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen in allen Einzelgeschäftsfeldern weiter zurück. Mit unterschiedlicher Dynamik schreiten Konzentrationsprozesse in den einzelnen Branchen voran.

Ausweitung des Leistungsvolumens

Wachstumsmärkte in der Sozial- und Gesundheits- wirtschaft

Aktuelle Statistiken des Jahres 2015 belegen erneut eine Expansion der Leistungserbringung in den meisten Sektoren der Sozial- und Gesundheitswirtschaft. Zwischen 2012 und 2014 erhöhte sich die Zahl der Leistungsempfänger im Bereich der Sozialen und Privaten Pflegeversicherung um 7,5 %; Krankenhäuser verzeichneten einen Anstieg der stationären Behandlungsfälle um 2,8 %. Im gleichen Zeitraum vergrößerte sich die Anzahl der Beschäftigten in Werkstätten für Menschen mit Behinderung um 2,1 %, der in Kindergärten, -krippen und -horten betreuten Kinder um 2,8 % und der begonnenen Hilfen in Erziehungsheimen und sonstigen betreuten Wohnformen der Erziehungshilfe um 10,2 %. Aufgrund demografischer und gesellschaftlicher Veränderungsprozesse sowie eines mit dem medizinisch-technischen Fortschritt breiter werdenden Versorgungsspektrums ist in diesen und weiteren Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft auch künftig eine Ausweitung des Leistungsvolumens zu erwarten.

Rückgang der Unternehmensinsolvenzen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft

Nach vorläufigen Daten des Statistischen Bundesamtes lag die Zahl der von Amtsgerichten gemeldeten Unternehmensinsolvenzen im statistischen Wirtschaftsbereich „Gesundheits- und Sozialwesen“ in den Monaten Januar bis Oktober 2015 bei 411 Verfahren. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum ist dies ein Rückgang um 5,1 %. Damit setzte sich die seit 2013 zu beobachtende Abnahme der Insolvenzverfahren fort.

Herausforderung Fachkräftemangel

Die Personalsituation in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft bleibt insgesamt angespannt. Laut der Fachkräfteengpassanalyse der Bundesagentur für Arbeit kamen im Dezember 2015 z. B. auf 100 gemeldete Stellen für examinierte Altenpflegefachkräfte und -spezialisten im Bundesdurchschnitt rechnerisch lediglich 40 Arbeitslose. Dabei lag die Vakanzzeit der Stellenangebote mit 138 Tagen rund 62 % über dem Durchschnitt aller Berufe auf der Ebene der Fachkräfte und Spezialisten. In keinem Bundesland steht den gemeldeten Stellen des Altenpflegesektors eine ausreichende Zahl arbeitsloser Bewerber gegenüber. Das Akquirieren und Binden von qualifiziertem und motiviertem Personal in ausreichender Zahl im Wettbewerb mit anderen Bereichen der deutschen Wirtschaft sowie international bleibt eine zentrale Herausforderung für die Sozialunternehmen.

Wachstumsmarkt Pflegewirtschaft – Branchenveränderungen inklusive

Pflegestatistik zeigt Zuwächse

Seit Jahren ist der Pflegemarkt der am stärksten wachsende Teilbereich der Sozial- und Gesundheitswirtschaft. Diesen Trend belegt erneut die in 2015 erschienene Pflegestatistik. Demnach ist die Anzahl der stationären Pflegeeinrichtungen zwischen den Jahren 2009 und 2013 um 12,0 % bzw. 1.396 auf insgesamt 13.030 gestiegen. Im gleichen Zeitraum kam es bei den verfügbaren Plätzen zu einem Zuwachs um 6,8 % auf 902.882 Plätze am 15. Dezember 2013. Allerdings hat sich die Zuwachsrate bei den Pflegeplätzen zuletzt weiter abgeschwächt.

Sehr dynamisch entwickelt sich die teilstationäre Tages- und Nachtpflege. Hier wurde die Anzahl der verfügbaren Plätze im Zeitraum 2009 bis 2013 um kräftige 67,1 %, bzw. rund 17.700 Plätze auf ca. 44.100 Plätze ausgeweitet. Dies entspricht einer jährlichen Wachstumsrate von 13,7 %.

Eine neue Dimension hat in 2015 der Konzentrationsprozess bei den privat-gewerblichen Trägern der Pflegewirtschaft in Deutschland erreicht. Mit der Korian Gruppe sowie Orpea präsentieren sich zwei international agierende Konzerne aus Frankreich als Treiber dieser Entwicklung. In der nach wie vor kleinteiligen deutschen Pflegebranche ist eine Fortsetzung des Konzentrationsprozesses zu erwarten.

Hohe Reformdynamik in der Sozialen Pflegeversicherung

In 2015 wurden mit dem Ersten und Zweiten Pflegestärkungsgesetz (PSG I und II) maßgebliche Veränderungen im Leistungsrecht der Sozialen Pflegeversicherung umgesetzt bzw. vorbereitet.

Veränderungen durch PSG I und II

Das PSG I trat zum 1. Januar 2015 in Kraft. Neben pauschalen Erhöhungen der Leistungsbeträge profitieren insbesondere ambulante und teilstationäre Angebote von den Neuregelungen. So wurde die Kombinierbarkeit u. a. von ambulanter Pflege mit teilstationärer Tagespflege weiter flexibilisiert. Bereits im Dezember 2015 wurde das PSG II beschlossen. Es trat Anfang 2016 in Kraft. Seine Hauptregelungen werden zum 1. Januar 2017 ihre Wirkung entfalten. Im Mittelpunkt des Gesetzes steht

die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs mit fünf Pflegegraden, die neben körperlichen auch geistige und psychische Einschränkungen abbilden. Hiermit verbunden ist die Installation eines neuen Verfahrens zur Feststellung des individuellen Unterstützungsbedarfs.

Durch eine veränderte Gestaltung der Sachleistungsansprüche und die Einführung eines einheitlichen pflegebedingten Eigenanteils der Bewohner vollstationärer Pflegeeinrichtungen gewinnt die ambulante und teilstationäre Betreuung für Personen mit geringeren Unterstützungsbedarfen unter finanziellen Gesichtspunkten nochmals an Attraktivität gegenüber der Heimunterbringung. Für die stationären Pflegeeinrichtungen deutet sich mittelfristig eine weitere Schwerpunktbildung auf Bewohner mit höheren Pflegegraden an. Darüber hinaus stellen der Übergang zu den Pflegegraden sowie der einrichtungsindividuell einheitliche Eigenanteil die Träger voll- und teilstationärer Einrichtungen vor erhebliche betriebliche Herausforderungen, um Risiken für die Ertragssituation zu begrenzen.

Krankenhäuser zwischen Effizienzdruck und „Qualitätsoffensive“

Impulse der Gesetzesreformen

Im Jahr 2015 wurde eine Reihe von Gesetzesreformen für den Geltungsbereich der Krankenhäuser beschlossen bzw. auf den Weg gebracht. Auch künftig eine Krankenhausversorgung mit hoher Qualität und guter Erreichbarkeit sicherzustellen und die hierfür notwendigen Strukturveränderungen zu unterstützen, sind die Ziele des zum 1. Januar 2016 in Kraft getretenen Krankenhausstrukturgesetzes. Ansatzpunkte sind qualifiziertes Personal in ausreichender Zahl, adäquate Finanzierungsbedingungen sowie zielführende Qualitätsvorgaben. Dafür knüpft der Gesetzgeber die Krankenhausplanung und Leistungsvergütung an Qualitätsaspekte und verfestigt den Rahmen einer wettbewerblichen Marktordnung im Gesundheitswesen. Durch das Krankenhausstrukturgesetz wächst der Umfang der vor Ort zwischen den Krankenhaus- und Kostenträgern individuell zu vereinbarenden Vergütungselemente. Dies erhöht den Komplexitätsgrad des Vergütungssystems, jedoch nicht die längerfristige Planungssicherheit für die Krankenhausträger und deren Finanzierungspartner.

Weitere Reformmaßnahmen zielen u. a. auf eine flächendeckende ambulante ärztliche Versorgung, die Stärkung der Patientenrechte und eine Verbesserung der Versorgungsqualität (GKV-Versorgungsstärkungsgesetz, Juli 2015), die Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention (Präventionsgesetz, Juli 2015), die digitale Vernetzung des Gesundheitswesens (E-Health-Gesetz, Dezember 2015) sowie die Verbesserung der Versorgung schwer kranker und sterbender Patienten in Krankenhäusern und Pflegeheimen (Hospiz- und Palliativgesetz, Dezember 2015). Die Wirksamkeit der Reformmaßnahmen hängt in vielen Bereichen von der konkreten Ausgestaltung durch die Selbstverwaltungspartner sowie von der Umsetzung in den Krankenhäusern ab.

Eine Umstellung der Einzelförderung auf leistungsorientierte Investitionspauschalen wurde zum 1. Juli 2015 im Land Berlin und zum 1. Januar 2016 in Hessen vollzogen. In den vergangenen Jahren haben sich bereits die Länder Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und das Saarland für diese Methode entschieden. In diesen Bundesländern erhöht sich die unternehmerische Freiheit der

**Investitions-
pauschalen erhöhen
Finanzierungsbedarf**

Krankenhaussträger hinsichtlich einer flexiblen Mittelverwendung im Rahmen ihres Versorgungsauftrags. Dabei bestehen länderspezifische Unterschiede bezüglich der Verwendungsmöglichkeiten der Pauschale, beispielsweise zum Bedienen des Schuldendienstes von Bankdarlehen. Grundsätzlich erhöht die Umstellung auf Investitionspauschalen den Bedarf an Eigen- und Fremdfinanzierung der Krankenhäuser. Schon heute ist ein erheblicher Teil der Investitionen mittels Eigen- und Fremdkapital finanziert, welches mit einer effizienten Leistungserbringung erwirtschaftet werden muss. Durch öffentliche Fördermittel wurden nach Zahlen des RWI in 2013 je nach Bundesland lediglich 48 % bis 62 % des Sachanlagevermögens der Krankenhäuser finanziert.

Investitionsstau und zunehmender Vergütungsdruck in der Rehabilitation

Die im Jahr 2015 erschienenen Statistiken weisen auf eine Fortsetzung der Konsolidierung im Bereich der stationären Rehabilitation hin. Ende 2014 vereinten 1.158 stationäre Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen insgesamt rund 166.000 Betten auf sich. Dies waren 29 Einrichtungen und etwa 1.000 Betten weniger als ein Jahr zuvor. Die vollstationäre Fallzahl schwankt seit 2007 um ein Niveau von jährlich zwei Millionen.

Erneut an Bedeutung gewonnen hat die ambulante Leistungserbringung. Für das Jahr 2014 werden im Bereich der Gesetzlichen Rentenversicherung und der Gesetzlichen Krankenversicherung ca. 228.000 ambulante Fälle ausgewiesen. Allein gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Anstieg um rund 25.000 Fälle bzw. etwa 12,3 %. Damit hat sich der Anteil der ambulanten Fälle an der Gesamtfallzahl beider Rehabilitationsträger erneut erhöht auf rund 13,0 % in 2014.

Besondere Relevanz für die Rehabilitationskliniken ist den seit Anfang 2015 greifenden Neuregelungen für kassenindividuelle Zusatzbeiträge in der Gesetzlichen Krankenversicherung beizumessen. Mit der veränderten Rahmensetzung ist eine Steigerung der Wettbewerbsintensität zwischen den Krankenkassen verbunden. Da in der Rehabilitation vergleichsweise größere Handlungsspielräume für die Kassen bestehen, Ausgabensenkungen durchzusetzen (u. a. aufgrund des fehlenden Kontrahierungszwangs), ist zu befürchten, dass Versuche zur Reduzierung der Vergütungssätze sowie eine aktive Steuerung der Rehabilitanden in günstigere Kliniken oder in die ambulante Versorgung zunehmen werden.

**Investitionsstau
im Rehabilitations-
sektor**

Intensiviert hat sich in 2015 die Diskussion über den beträchtlichen Investitionsstau im Rehabilitationssektor und seine Bewältigung. Aufgrund einer schwierigen wirtschaftlichen Situation war es vielen der größtenteils aus 1970er- bis 1990er-Jahren stammenden Einrichtungen kaum möglich, die zum Erhalt der Unternehmenssubstanz notwendigen Investitionen zu tätigen. Aktuelle Untersuchungen beziffern den Investitionsbedarf der stationären Rehabilitationskliniken im Zeitraum von 2015 bis 2019 auf insgesamt 4,65 Mrd. EUR. Rund zwei Drittel der Investitionsvolumina werden für Sanierungs- und sonstige Baumaßnahmen benötigt, das restliche Drittel für eine Verbesserung der Ausstattung.

Einen detaillierten Überblick über die aktuellen Rahmenbedingungen und die Branchenstruktur im Rehabilitationssektor sowie Analysen zur wirtschaftlichen Situation und zum künftigen Chancen-Risiko-Profil der Träger von stationären Rehabilitationskliniken bietet der im Februar 2016 erschienene „BFS-Marktreport Rehabilitation 2016: Die Konsolidierung des Marktes schreitet voran“.

Europäische Entwicklungen

Die EU-Politik und Rechtssetzung hat auch 2015 auf verschiedenen Ebenen die Sozial- und Gesundheitswirtschaft in den Mitgliedstaaten beeinflusst.

Auf europäischer Ebene war das Jahr 2015 geprägt durch die Amtsübernahme der neuen EU-Kommission, die mit dem Ziel angetreten ist, den großen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen für Europa zu begegnen. Die Kommission schlug ein umfassendes Investitionsprogramm mit dem Fokus auf Wachstums- und Beschäftigungsförderung vor, um den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der EU zu gewährleisten. Sozialpolitische Initiativen wurden angesichts dieser Handlungsprämisse weitgehend unter dem Themenkomplex „Schaffung von Beschäftigung und Stärkung des Binnenmarkts“ eingebunden.

EU-Vorgabe: Steigerung der Kosteneffizienz

Zunehmende Bedeutung für die Sozial- und Gesundheitswirtschaft hat auch der jährliche wirtschaftspolitische Koordinierungsprozess auf EU-Ebene („Europäisches Semester“). So hatte die EU-Kommission für Deutschland u. a. die Vorgabe gemacht, die Kosteneffizienz der öffentlichen Ausgaben für Gesundheitswesen und Pflege zu steigern. Diesbezüglich bescheinigte die Kommission im Länderbericht 2015 für Deutschland einige Fortschritte u. a. unter Verweis auf Reformen im Krankenhausbereich und die Förderung ambulanter Pflege.

2015 wurde auch die Diskussion um die Förderung von Sozialunternehmen in Europa fortgesetzt. Unter der luxemburgischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2015 wurden Ratsschlussfolgerungen zur „Förderung der Sozialwirtschaft als treibende Kraft der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Europa“ angenommen. Diese fordern u. a. die EU-Kommission auf, im Rahmen der Strategie Europa 2020 die Bereiche Sozialwirtschaft und soziale Investitionen stärker zu berücksichtigen.

Der EU-Einfluss auf die mitgliederschaftlichen Sozial- und Gesundheitssysteme wird auch in Zukunft erhebliche Bedeutung haben. So hat die EU-Kommission beispielsweise angekündigt, eine „Säule sozialer Rechte“ zu erarbeiten, um gemeinsame Grundsätze und Benchmarks festzulegen, die im Laufe der Zeit zu einer höheren Konvergenz von Beschäftigung und sozialen Leistungen führen sollen.

Ausblick

In nahezu allen Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft haben sich die Akteure weiterhin mit dynamischen Veränderungen in den rechtlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und Länderebene auseinandersetzen. Insbesondere für den Pflegesektor ist 2016 ein Jahr der Vorbereitung auf ein neues Leistungsrecht. Die vielfältigen Reformmaßnahmen werden die Anbieter nicht von ihrem Leistungs- und Kostendruck befreien. Hinzu kommen andauernde Herausforderungen wie die Sicherung des erforderlichen Personals sowie neue Aspekte wie die Digitalisierung und eine aktive Verantwortungsübernahme bei der Integration von Flüchtlingen.

Sektorübergreifende Integrations- und branchenbezogene Konzentrationsprozesse werden an Bedeutung gewinnen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit hierdurch der Einfluss einzelner Akteure auf die Versorgungsstrukturen zunehmen wird.

Investitionsfähigkeit ist Wachstums- voraussetzung

Eine Ausweitung der Leistungserbringung und die Sicherung der Markt- und Zukunftsfähigkeit durch eine Anpassung von Angeboten, Einrichtungen und Unternehmensstrukturen setzen eine ausreichende Investitionsfähigkeit voraus. Eine entsprechende Kapitalbereitstellung durch die öffentlichen Haushalte ist nicht zu erwarten. Ihnen werden durch die sog. Schuldenbremse ab 2016 für den Bund und ab 2020 für die Länder noch engere Grenzen gezogen. Folglich wird der Bedarf der Sozialunternehmen an Kredit- und Kapitalmarktmitteln weiter zunehmen. Nicht zuletzt für die Finanzierung notwendiger Innovationen gewinnt dabei die Generierung von privatem Kapital erheblich an Bedeutung.

Bericht des Vorstandes

Lagebericht 2015

I. Grundlagen des Instituts

Die Bank für Sozialwirtschaft AG konzentriert sich als Universalbank ganz auf das Geschäft mit Unternehmen, Verbänden, Stiftungen und anderen Organisationen, die in den Branchen Soziales (Senioren-, Behinderten-, Kinder- und Jugendhilfe), Gesundheit und Bildung tätig sind.

Das Angebot der Bank für Sozialwirtschaft AG beruht auf den drei klassischen Säulen einer Universalbank: Kreditgeschäft, Einlagen-/Wertpapiergeschäft und Zahlungsverkehr. Den Kunden in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft bietet die Bank weitgehend individualisierte Finanzierungslösungen und umfassende begleitende Beratungsleistungen an.

Vor dem Hintergrund ihrer Gründungshistorie und der Struktur der Anteilseigner fungiert die Bank für Sozialwirtschaft AG zudem deutschlandweit als Plattform für Spendenaktionen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

**Binnennachfrage
als tragende
Wachstumsstütze**

Die deutsche Wirtschaft hat ihren soliden und stetigen Wachstumskurs im Jahr 2015 fortgesetzt. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag mit einem Zuwachs von 1,7 % geringfügig über dem Niveau des vorangegangenen Jahres (+1,6 %). Getragen wurde das Wirtschaftswachstum im letzten Jahr fast ausschließlich durch den Anstieg der Binnennachfrage. Demgegenüber kamen von den Investitionen und dem Außenhandel kaum Impulse. Im Zuge der guten konjunkturellen Lage war für den Arbeitsmarkt nach wie vor eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Die Zahl der Insolvenzen war weiter rückläufig. Zudem befand sich der Staatshaushalt mit dem zweithöchsten Finanzierungsüberschuss seit der deutschen Wiedervereinigung weiterhin auf einem Konsolidierungskurs.

Für das Jahr 2016 zeichnet sich eine Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs mit unverändertem Tempo ab. Wesentliche Stütze wird voraussichtlich die Inlandsnachfrage bleiben, da die Kaufkraft der privaten Haushalte durch Steuersenkungen, moderate Preisniveausteigerungen und eine dynamische Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung gestärkt wird. Auch der staatliche Konsum wird aufgrund der erwarteten Aufwendungen für die Unterbringung und die Integration der Flüchtlinge signifikant zunehmen. Nach aktuellen Prognosen wird für das Jahr 2016 ein Wachstum der deutschen Wirtschaft von rund 1,8 % erwartet. Dies setzt aber voraus, dass die bestehenden Risiken nicht schlagend werden. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang insbesondere eine weitere Eskalation der geopolitischen Krisen sowie das schwache Wirtschaftswachstum in einigen Schwellenländern.

Veränderungsdruck auf die Versorgungs- strukturen

Wie in den Vorjahren präsentieren sich die Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft als wachstumsorientierte und stabile Wirtschaftszweige. Die Inanspruchnahme der verschiedenen Pflege-, Behandlungs- und Unterstützungsleistungen nimmt zu, und die Beschäftigung wird ausgebaut. Gleichzeitig geht die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen in allen Einzelgeschäftsfeldern der Bank für Sozialwirtschaft AG weiter zurück. Mit unterschiedlicher Dynamik schreiten Konzentrationsprozesse in den einzelnen Branchen voran.

In nahezu allen Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft haben sich die Akteure weiterhin mit dynamischen Veränderungen in den rechtlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und Länderebene auseinanderzusetzen. Hieraus resultieren kurzfristige betriebliche Anpassungsbedarfe und mittel- bis langfristig ein Veränderungsdruck auf die Versorgungsstrukturen. Die vielfältigen Reformmaßnahmen werden die Anbieter nicht von ihrem Leistungs- und Kostendruck befreien. Hinzu kommen andauernde Herausforderungen wie die Sicherung des erforderlichen Personals sowie neue Aspekte wie die Digitalisierung und eine aktive Verantwortungsübernahme bei der Integration von Flüchtlingen.

Eine Ausweitung der Leistungserbringung und die Sicherung der Markt- und Zukunftsfähigkeit durch eine Anpassung von Angeboten, Einrichtungen und Unternehmensstrukturen setzen eine ausreichende Investitionsfähigkeit voraus. Eine entsprechende Kapitalbereitstellung durch die öffentlichen Haushalte ist nicht zu erwarten. Folglich wird der Bedarf der Sozialunternehmen an Kredit- und Kapitalmarktmitteln weiter zunehmen. Nicht zuletzt für die Finanzierung notwendiger Innovationen gewinnt dabei die Generierung von privatem Kapital erheblich an Bedeutung.

2. Geschäftsverlauf

Die Bank für Sozialwirtschaft AG hat ihre positive Entwicklung im Geschäftsjahr 2015 fortgesetzt.

Bilanzsumme

In einem sich stark verändernden Marktumfeld blieb die Bilanzsumme mit 9,36 Mrd. EUR nahezu unverändert.

Aktivgeschäft

Die **Forderungen an Kreditinstitute** verringerten sich deutlich um 200,2 Mio. EUR auf 3,8 Mio. EUR. Dies ist auf den Rückgang der Kundeneinlagen zurückzuführen.

Die **Forderungen an Kunden** erhöhten sich um 4,6 % auf 5.416,0 Mio. EUR. Wie in den Vorjahren entfiel ein großer Teil der Steigerung auf das langfristige Segment, in dem zugleich die höchsten Volumina bestehen. Während sich die täglich fälligen Forderungen um 22,1 Mio. EUR (-4,3%) verringerten, erhöhte sich der Bestand der langfristigen Darlehen um 258,6 Mio. EUR (+5,7%).

**steigender Bedarf an
Fremdfinanzierung**

Die Forderungen an Kunden verteilen sich nach Restlaufzeiten bis 5 Jahre auf 2.192,0 Mio. EUR (im Vorjahr 2.119,7 Mio. EUR) und über 5 Jahre auf 3.224,0 Mio. EUR (im Vorjahr 3.060,0 Mio. EUR).

Bei den Sozial- und Gesundheitsunternehmen ist abhängig von der Ausgestaltung der öffentlichen Investitionsförderung in den Einzelbranchen Pflege, Krankenhauswesen etc. ein insgesamt steigender Bedarf an Fremdfinanzierung feststellbar. Unter anderem durch ihre im Markt anerkannte Kompetenz zur Beurteilung zukunftsfähiger Geschäftsmodelle in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft ist es der Bank für Sozialwirtschaft AG auch im Geschäftsjahr 2015 gelungen, daran in hohem Maße zu partizipieren. Gleichzeitig haben unsere Kunden aufgrund des niedrigen Zinsniveaus weiterhin in hohem Umfang Tilgungen vorgenommen.

Der **Wertpapierbestand** am Bilanzstichtag war mit 3.604,6 Mio. EUR um 49,8 Mio. EUR niedriger als im Vorjahr.

Die **Anteile an verbundenen Unternehmen** blieben mit 20,0 Mio. EUR unverändert gegenüber dem Vorjahr.

Die **Treuhandkredite** lagen mit einem Volumen von 172,7 Mio. EUR nahezu unverändert auf dem Vorjahresniveau (2014: 174,1 Mio. EUR). Der zur Verfügung stehende Kreditrahmen der von der Bank für Sozialwirtschaft AG treuhänderisch verwalteten zinslosen Darlehen des Bundes an freigemeinnützige Organisationen blieb im Berichtsjahr nach wie vor unverändert.

Der Buchwert für **Immaterielle Anlagewerte** reduzierte sich im Berichtsjahr um 16,4 % auf 9,7 Mio. EUR. Die Neuinvestitionen u. a. für Lizenzen waren im Berichtsjahr deutlich niedriger als die Abschreibungen auf bestehende Systeme.

Der Buchwert für **Sachanlagen** ging um 6,5 % auf 20,5 Mio. EUR zurück. Im Berichtsjahr überstiegen die planmäßigen Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie auf Gebäude die Neuinvestitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung, die vor allem im Zuge der Modernisierung und Erweiterung der EDV-Geräte anfielen.

Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** stiegen stichtagsbedingt um 60,8 % auf 13,1 Mio. EUR (im Vorjahr 8,2 Mio. EUR). Der Anstieg resultiert insbesondere aus dem geänderten Ausweis von Kapitallebensversicherungen (4,2 Mio. EUR) zur Erfüllung von Versorgungsverpflichtungen. Sie wurden im Geschäftsjahr nicht mit den zugrunde liegenden Verpflichtungen verrechnet, weil die Voraussetzungen gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB nicht vorlagen.

Passivgeschäft

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** wuchsen im Geschäftsjahr 2015 um 3,8 % auf 1.699,0 Mio. EUR. Während die täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber dem Vorjahresstichtag um 94,8 Mio. EUR stiegen, weisen die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit einen Rückgang um 32,7 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahresstichtag auf. Die Veränderung betrifft die Aufnahme kurz- und mittelfristiger Termingelder zu Refinanzierungszwecken.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** gingen insgesamt leicht um 0,7 % auf 6.742,8 Mio. EUR zurück. Während die Spareinlagen (+29,0 % auf 360,6 Mio. EUR) und die täglich fälligen Verbindlichkeiten (+8,1 % auf 5.439,7 Mio. EUR) stiegen, sanken die Festgelder um 36,1 % auf 942,5 Mio. EUR. Die Veränderungen sind Folgen des nach wie vor sehr niedrigen Zinsniveaus.

Die **Rückstellungen** stiegen um 31,3 % auf 25,2 Mio. EUR. Kapitallebensversicherungen mit einem Aktivwert von 4,2 Mio. EUR, die zur Erfüllung von Versorgungsverpflichtungen abgeschlossen worden sind, wurden im Geschäftsjahr nicht mit den zugrunde liegenden Verpflichtungen verrechnet, weil die Voraussetzungen gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB nicht vorlagen.

Die **Nachrangigen Verbindlichkeiten** sanken um 9,6 % auf 144,1 Mio. EUR.

Das **Genussrechtskapital** verringerte sich gegenüber dem Vorjahr durch Fälligkeiten um 22,7 Mio. EUR.

Der **Fonds für allgemeine Bankrisiken** stieg gegenüber dem Vorjahr um 11,0 Mio. EUR auf 51,9 Mio. EUR.

Außerbilanzielles Geschäft

Die Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen verringerten sich um 6,0 % auf 101,4 Mio. EUR. Auch die unwiderruflichen Kreditzusagen sanken um 61,2 Mio. EUR auf 497,0 Mio. EUR.

Personalbereich

höhere Mitarbeiterzahl

Zum Bilanzstichtag waren 422 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, was einem Anstieg von 25 Mitarbeitern gegenüber dem Vorjahr entspricht. Diese Steigerung sowie die geringe Mitarbeiterfluktuation zeigen, dass die Bank als attraktiver, zukunftsorientierter Arbeitgeber wahrgenommen wird. Durch die Gestaltung wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen, nicht zuletzt durch ein ansprechendes und motivierendes Arbeitsumfeld, gelingt es der Bank, auch bei zunehmender Entwicklung des Arbeitnehmermarktes und des Wettbewerbs um qualifizierte Fachkräfte, neue Mitarbeiter/-innen zu gewinnen.

Die Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Konstanz der Personalarbeit spiegeln sich in der traditionell hohen Betriebstreue wider. Wie in den Jahren zuvor hat die Bank auch im Jahr 2015 hohe Investitionen in die arbeitsplatzbezogene und persönliche Weiterentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getätigt.

3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

a) Vermögenslage

Haftendes Eigenkapital

Das **gezeichnete Kapital** blieb im Berichtsjahr konstant bei 36,4 Mio. EUR.

Die **Kapitalrücklage** beträgt unverändert 43,4 Mio. EUR.

Die **Gewinnrücklagen** sind um 50,2 Mio. EUR auf 371,0 Mio. EUR erhöht worden, indem dieser Betrag aus dem Bilanzgewinn 2014 in die Position „andere Gewinnrücklagen“ eingestellt wurde.

Zum Bilanzstichtag befinden sich 1.900 Stück eigene Aktien im Bestand der Bank, deren Gegenwert i. H. v. 1,2 Mio. EUR vom Eigenkapital offen abzusetzen ist. Davon entfallen 0,1 Mio. EUR auf das gezeichnete Kapital und 1,1 Mio. EUR auf die Gewinnrücklagen.

Bilanzielles Eigenkapital gestiegen

Das bilanzielle Eigenkapital ohne Berücksichtigung des Bilanzgewinns 2015 beträgt damit 449,6 Mio. EUR (+50,0 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr).

Als aufsichtsrechtliche Eigenmittel sind gemäß CRR darüber hinaus die nachrangigen Verbindlichkeiten sowie der Fonds für allgemeine Bankrisiken zu berücksichtigen, während die immateriellen Anlagewerte abzusetzen sind.

Mit der sich daraus ergebenden Ausstattung konnten die Bank für Sozialwirtschaft AG und die Institutsgruppe im Berichtsjahr jederzeit die Eigenmittelanforderungen der CRR erfüllen. Weitergehende Informationen über das aktuelle Risikoprofil und das Risikomanagement der Bank aus der aufsichtsrechtlichen Perspektive haben wir in unserem Offenlegungsbericht veröffentlicht.

Einlagensicherung

Die Bank für Sozialwirtschaft AG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin, angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Verpflichtung bis

zu 17.420 TEUR verbunden (bis zum Zehnfachen der mit dem Grunderhebungssatz (0,4 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge).

b) Finanz- und Liquiditätslage

	Berichtsjahr 31.12.2015	Vorjahr 31.12.2014
Liquiditätskennziffer gem. LiqV	2,41	2,71

Die Zahlungsbereitschaft der Bank für Sozialwirtschaft AG war zu jeder Zeit gegeben.

Sowohl die Mindestreservebestimmungen als auch die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erlassenen Vorschriften der Liquiditätsverordnung wurden zu jeder Zeit eingehalten.

c) Ertragslage

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung in TEUR	Veränderung in %
Zinsüberschuss ¹⁾	143.600	143.642	-42	0,0
Erträge aus Gewinngemeinschaften und Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	6.206	6.104	102	1,7
Provisionsüberschuss ²⁾	3.413	3.890	-477	-12,3
Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestandes	0	-4	4	-100,0
Personalaufwand	36.602	34.201	2.401	7,0
Andere Verwaltungsaufwendungen	30.222	26.183	4.039	15,4
Sonstiges betriebliches Ergebnis ³⁾	-4.929	-9.321	4.392	47,1
Betriebsergebnis ⁴⁾	81.466	83.927	-2.461	-2,9
Ertrag bzw. Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge ⁵⁾	-608	4.709	-5.317	-112,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	27.023	27.984	-961	-3,4
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken § 340g HGB	11.000	0	11.000	-
Jahresüberschuss	42.834	60.652	-17.818	-29,4

¹⁾ GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3

²⁾ GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

³⁾ GuV-Posten 8 abzüglich GuV-Posten 11, 12 und 24

⁴⁾ GuV-Posten 1, 3, 5 und 8 abzüglich GuV-Posten 2, 6, 11, 12 und 24

⁵⁾ GuV-Posten 14 abzüglich GuV-Posten 13 sowie GuV-Posten 16 abzüglich GuV-Posten 15

Der **Zinsüberschuss** inklusive der laufenden Erträge bewegte sich mit 143.600 TEUR auf dem Niveau des Vorjahres.

Die **Erträge aus Gewinngemeinschaften und Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen** stiegen leicht um 1,7 % auf 6.206 TEUR. Das ist auf die weiterhin positive Geschäftsentwicklung der Tochtergesellschaften zurückzuführen.

Das **Provisionsergebnis** ging, insbesondere durch höhere Aufwendungen im Kreditgeschäft, um 12,3 % auf 3.413 TEUR zurück.

Die **Allgemeinen Verwaltungsaufwendungen** wuchsen um 10,7 % auf 66.824 TEUR. Dabei erhöhte sich der Personalaufwand vorrangig durch Neueinstellungen und Tarifsteigerungen um 7,0 % auf 36.602 TEUR. Die anderen Verwaltungsaufwendungen stiegen um 15,4 % auf 30.222 TEUR. Die Kostensteigerung entfiel im Wesentlichen auf gestiegene Beiträge zum Abwicklungsfonds (Bankenabgabe), höhere Pflichtbeiträge an den BVR-Garantiefonds, notwendige Aufwendungen zur Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen und gestiegene IT-Aufwendungen.

Durch diese Entwicklungen verringerte sich das **Betriebsergebnis** im Vergleich zum Vorjahr um 2,9 % auf 81.466 TEUR.

konservative Risikoversorge

Das **Bewertungsergebnis** belief sich insgesamt auf -608 TEUR. Im Kreditgeschäft wurde erneut mit einer konservativen Risikoversorge und einer vorsichtigen Kreditvergabepolitik gearbeitet. Im Zuge der Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft durch den Rückzug der öffentlichen Hand aus der Finanzierung sozialer Leistungen und durch den zu erwartenden Umbau der Sozialen Sicherungssysteme muss bezogen auf das Gesamtportfolio mit relativ höheren Kreditausfallwahrscheinlichkeiten gerechnet werden als in früheren Jahren. Im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen ist das Kreditausfallrisiko in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft durch die hohe öffentliche Regulierung und die geringe Konjunkturabhängigkeit des Nachfrageverhaltens in diesen Branchen jedoch nach wie vor gering. Im Wertpapiergeschäft wurde aufgrund der Zinsentwicklungen ein positives Ergebnis erzielt.

Die **gewinnabhängigen Steuern** beliefen sich auf 27.023 TEUR (Vorjahr 27.984 TEUR).

Insbesondere durch die Einstellung von 11.000 TEUR in den Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340g HGB verringerte sich der **Jahresüberschuss** gegenüber dem Vorjahr um 17.818 TEUR und liegt für das Geschäftsjahr 2015 bei 42.834 TEUR.

Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns

Der Vorstand schlägt vor, gemäß § 9 der Satzung 32.350 TEUR in die Position „andere Gewinnrücklagen“ einzustellen und eine Dividende in Höhe von 10.500 TEUR an die Aktionäre auszuschütten. Vor

dem Hintergrund des guten Geschäftsergebnisses 2015 soll wie im Vorjahr eine Dividende in Höhe von 12,00 EUR pro Stammaktie sowie zusätzlich ein Bonus in Höhe von 3,00 EUR pro Stammaktie gezahlt werden.

Zudem soll ein neuer Gewinnvortrag in Höhe von 16 TEUR angesetzt werden.

Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Die Geschäfte der Bank für Sozialwirtschaft AG haben sich insgesamt zufriedenstellend entwickelt.

Unsere Bank verfügt über eine ausreichend gute Finanz- und Vermögenslage. Die Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität wurden jederzeit eingehalten. Die Ertragslage ist zufriedenstellend.

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, gab es nicht.

IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Risikomanagementsystem

Zur Überwachung der Risiken verfügt die Bank für Sozialwirtschaft über ein Controlling- und Risikomanagementsystem, das den von der Bankenaufsicht vorgegebenen Anforderungen entspricht. Das Ziel der Risikopolitik und des Risikomanagements der Bank für Sozialwirtschaft ist die nachhaltige Sicherung der Risikotragfähigkeit und der Solvabilität. Das Risikomanagement der Bank für Sozialwirtschaft erfolgt unter Berücksichtigung der Institutsgruppe (Risikomanagement auf Gruppenebene). Neben der Risikotragfähigkeit ist die Generierung von stabilen Erträgen der wesentliche Faktor, um die Leistungsfähigkeit der Bank zu gewährleisten und die Grundvoraussetzungen für eine ausreichende Eigenmittelbasis zu schaffen. Aus der Kombination von Erträgen und begrenzter Risikoposition wird somit ein möglichst optimales Risiko-Rendite-Profil angestrebt.

Das Gesamtrisikoprofil ergibt sich aus den für die Bank für Sozialwirtschaft als wesentlich definierten Risikoarten. Das den Risikoarten inhärente Risiko wird nach den speziellen Anforderungen und Methoden der jeweiligen Risikoart gemessen. Im Rahmen einer regelmäßigen Risikoinventur wird das Gesamtrisikoprofil der Bank auf seine Vollständigkeit und Wirksamkeit hin überprüft. Unter Risiko versteht die Bank für Sozialwirtschaft grundsätzlich ungünstige zukünftige Entwicklungen, die sich nachteilig auf die Vermögens-, Ertrags-, Sicherheiten- oder Liquiditätslage der Bank auswirken können.

Ausgestaltung des Risikomanagements

Das Management der Risiken ist ausgerichtet auf die Umsetzung strategischer Leitlinien, wie sie in der Geschäfts- und Risikostrategie und den aus ihr abgeleiteten strategischen Handbüchern formuliert sind, sowie entsprechender Fachkonzepte und Schriftlich Fixierter Ordnungen. Die Limitierung der Risiken erfolgt auf Gesamtbankebene in Relation zum Risikodeckungspotenzial. Im Rahmen des insgesamt verfügbaren Risikodeckungspotenzials wird maximal nur der Anteil zur Abdeckung von Risiken freigegeben, der die Mindestanforderungen an die Eigenmittelunterlegung übersteigt, um die Solvabilität der Bank für Sozialwirtschaft zu gewährleisten.

Die Messung sämtlicher als wesentlich definierter Risiken im Rahmen des Risikotragfähigkeitsreportings erfolgt mindestens monatlich. Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung wird sichergestellt, dass die wesentlichen Risiken adäquat gemessen werden, dass die Verfügbarkeit des Risikodeckungspotenzials in angemessenen Abständen überprüft wird und dass die Ermittlung der Risikotragfähigkeit alle erforderlichen Komponenten enthält. Die Einhaltung wird über eine Limitierung der Risiken gesteuert. Innerhalb dieser Limite sorgt eine Ampelsystematik für das frühzeitige Erkennen von ansteigenden Risikowerten. Mindestens quartalsweise werden Stresstests durchgeführt, die die Risikotragfähigkeit in für die Bank für Sozialwirtschaft plausiblen und wahrscheinlichen Extremsituationen messen und beurteilen.

Die Identifikation, die Messung und das Reporting des Risikomanagements sind zentral in der Verantwortung des Geschäftsbereichs Unternehmenssteuerung angesiedelt und erfüllen somit die Anforderungen an eine konsequente funktionale Trennung von Risikocontrolling und Markt. Die Risikomessung und -überwachung erfolgt durch die Abteilung Controlling im Geschäftsbereich Unternehmenssteuerung, die für die Berichterstattung an den Vorstand verantwortlich ist. Die Risikoberichterstattung erfolgt in angemessener Form von regelmäßigen Reportings an den Vorstand.

Den kontinuierlich steigenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen begegnet die Bank durch die Einrichtung einer bedarfsgerechten, risikoorientierten und MaRisk-konformen Compliance-Organisation, mit der die Stabstelle Compliance & Fraud beauftragt ist. Diese initiiert bzw. koordiniert alle in diesem Zusammenhang notwendigen Maßnahmen, um einen dem Aufsichtsrecht und den Gesetzen konformen und sicheren Geschäftsablauf für die Kunden und Mitarbeiter der Bank für Sozialwirtschaft zu gewährleisten. Neben der Einrichtung und Weiterentwicklung der Compliance-Organisation sowie der Durchführung der laufenden Überwachungsmaßnahmen wie beispielsweise im Rahmen der Geldwäsche- und Betrugsprävention und der Wertpapier-Compliance erfüllt die Stabstelle Compliance & Fraud eine Beratungsfunktion.

Die Interne Revision erbringt als Teil der Überwachungsaufgabe des Vorstands unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen, die darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern. Sie bewertet mit einem systematischen und zielgerichteten Ansatz die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements, der Kontrollen und der Führungs- und Überwachungsprozesse. Zusammenfassend sieht die Aufgabe der Internen Revision vor, die Funktionsweise und die Einhaltung der Geschäfts- und Steuerungsabläufe der

Risikoüberwachungseinheiten zu überprüfen und, soweit notwendig, Handlungserfordernisse aufzuzeigen.

Mit den dargelegten Verfahren und Prozessen verfügt die Bank für Sozialwirtschaft über ein Instrumentarium, das ihr erlaubt, Risiken bewusst und kontrolliert einzugehen. Die konsequente und fortwährende Weiterentwicklung im Bereich der Risikomanagementprozesse, der -methodik und der zugehörigen -instrumente soll auch für die Zukunft gewährleisten, dass negative Entwicklungen in der Risikostruktur erkannt werden und im Risikomanagement entsprechende Maßnahmen und Steuerungsimpulse eingeleitet werden können.

2. Risikokategorien

Neben allgemeinen Risikofaktoren, die mit allen unternehmerischen Tätigkeiten verbunden sind, bestehen für das Bankgeschäft spezifische Bankgeschäftsrisiken. Sie zeigen sich für die Bank für Sozialwirtschaft in Form von Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken, Vertriebsrisiken und operationellen Risiken, welche im Rahmen der Risikoinventur als wesentlich eingestuft wurden. Das Länderrisiko spielt für die Bank für Sozialwirtschaft eine geringfügige Rolle. Das Gesamtrisikoprofil der Bank ergibt sich aus diesen einzelnen wesentlichen Risikoarten unter Berücksichtigung von Risikokonzentrationen und den angewendeten Verfahren zur Minderung von Kreditrisiken.

a) Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko bezeichnet im Allgemeinen die Gefahr von Verlusten aufgrund von Bonitätsveränderungen und/oder Ausfällen. Adressenausfallrisiken ergeben sich für die Bank für Sozialwirtschaft in Form von Ausfallrisiken im Kredit- und im Handelsgeschäft.

**Kreditentscheidung
basiert auf zwei
Voten**

Die Organisation des Kreditgeschäfts und die Methoden des Risikomanagements werden laufend optimiert, um dem sich verändernden Marktumfeld und den aufsichtsrechtlichen Anforderungen Rechnung zu tragen. Für eine Kreditentscheidung bedarf es grundsätzlich zweier zustimmender Voten – ein zustimmendes Votum eines Mitarbeiters aus dem Bereich Markt und ein zustimmendes Votum eines Mitarbeiters aus dem Bereich Marktfolge. Die Ermittlung der Adressenausfallrisiken basiert auf den Einstufungen aller Kreditnehmer nach bankinternen Beurteilungskriterien im Rahmen von differenzierten Bonitätsanalysesystemen. Die Einstufungen der Kreditnehmer in Bonitätsklassen werden regelmäßig überprüft. Für die Bewertung der Adressenausfallrisiken im Wertpapiergeschäft arbeitet die Bank für Sozialwirtschaft mit dem Ratingsystem der WGZ-Bank. Kredite mit akuten Ausfallrisiken werden hinreichend wertberichtigt. Für Kredite mit erhöhten latenten Risiken wird eine ausreichende Risikovorsorge getroffen. Zur Begrenzung möglicher Risiken aus Risikokonzentrationen werden entsprechende Reportings erstellt und diskutiert.

**Finanzierungs-
beratung mit
Branchenkompetenz**

Das Kreditportfolio der Bank für Sozialwirtschaft weist insgesamt eine granulare Struktur auf. Ein signifikanter Anteil des ausgereichten Kreditvolumens wird in Einrichtungen der Altenpflege gehalten. Dieser Risikokonzentration begegnet die Bank für Sozialwirtschaft mit ihrer langjährigen Branchen- und Marktkenntnis und mit dem Einsatz sektor- und einrichtungsspezifischer Instrumente zur Risikoabwehr und -prävention (z. B. Standort- und Wettbewerbsanalyse, Betriebsvergleiche, Frühindikatorensystem) sowie klar geregelten Kompetenzen im Rahmen der Kreditgewährung und der Problemkreditbearbeitung. Kredite mit akuten Ausfallrisiken sind hinreichend wertberichtigt. Der Umfang der Kredite mit erhöhten latenten Risiken ist überschaubar; für hierin enthaltene Wagnisse wurde eine ausreichende Vorsorge getroffen.

Die Veränderungen der finanziellen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft, insbesondere die nachlassende öffentliche Förderung und der verstärkte Anbieterwettbewerb, bringen es mit sich, dass für eine fundierte Finanzierungsberatung – insbesondere im Hinblick auf die langfristige Kreditsicherheit – Fachkenntnisse zu den einzelnen Teilbranchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft erforderlich sind. Daher werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank für Sozialwirtschaft kontinuierlich zu grundlegenden Fragestellungen und aktuellen Veränderungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft geschult und über regelmäßige interne Veröffentlichungen informiert.

Kreditrisikominderung beinhaltet alle Maßnahmen zur Reduzierung der Eintrittswahrscheinlichkeit oder der Höhe von Schadensereignissen im Kreditgeschäft. Bei der Auswahl der Sicherheiten wird im Vorfeld zunächst der administrative Aufwand im Verhältnis zum Nutzen der Kreditrisikominderung geprüft. Sicherheiten, die aus Gründen eines ungünstigen Kosten-Nutzen-Verhältnisses nicht angerechnet werden, bleiben ökonomisch in ihrer Wirkung enthalten, entfalten aber keine entlastende Wirkung für das zu hinterlegende Eigenkapital. Bei der Nutzung von Sicherheiten orientiert sich die Bank weiterhin an der strikten Erfüllung aufsichtsrechtlich vorgegebener Anforderungen nach Basel III und prüft diese intensiv vor Anrechnung. Der Umgang mit Sicherheiten und die Prozesse des Sicherheitenmanagements werden zudem regelmäßig durch die zuständige Fachabteilung der Bank für Sozialwirtschaft überprüft. Darüber hinaus werden notwendige konzeptionelle Anpassungen und die Integration in die Arbeitsabläufe veranlasst.

Zu den von der Bank für Sozialwirtschaft hereingenommenen Sicherheitenarten, die in der Geschäfts- und Risikostrategie sowie in den daraus abgeleiteten strategischen Handbüchern formulierten Leitlinien definiert werden, zählen Grundpfandrechte, finanzielle Sicherheiten und Garantien. Als wesentliche Sicherheiten im Rahmen des Geschäftsmodells der Bank für Sozialwirtschaft gelten die Grundpfandrechte. Da die Bank für Sozialwirtschaft hauptsächlich Sicherheiten in Form von Grundpfandrechten an Sozialimmobilien hereinnimmt, ist in einem gewissen Umfang ein Konzentrationsrisiko von Sicherungsinstrumenten nicht gänzlich auszuschließen. Diesem Risiko begegnet die Bank für Sozialwirtschaft u. a. dadurch, dass die Beleihungswertermittlung der Immobilien durch fachkundige, unabhängige und erfahrene Sachverständige sowie HypZert-Gutachter vorgenommen wird. Darüber hinaus wird die Immobilienbewertung regelmäßig überprüft, mindestens jährlich bei

Gewerbeimmobilien und alle drei Jahre bei Wohnimmobilien. Unterliegt der Markt für die belastete Immobilie starken Wertschwankungen, erfolgt eine häufigere Bewertung.

b) Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken bestehen aufgrund der Möglichkeit, dass sich für die Bewertung von Vermögensgegenständen relevante Preise durch bonitäts- und zinsinduzierte Markteinflüsse negativ verändern. Angesichts der Geschäftsstruktur der Bank für Sozialwirtschaft beziehen sich die Marktpreisrisiken der Bank fast ausschließlich auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen sowie allgemeine Kursrisiken (inklusive Credit-Spread-Risiken), denen die Eigenbestände der Bank für Sozialwirtschaft an Wertpapieren ausgesetzt sind. Somit ergibt sich eine Risikokonzentration in Form der Abhängigkeit von der Zinsentwicklung, sodass der Aspekt des Zinsänderungsrisikos den Schwerpunkt des Risikomanagements in diesem Bereich darstellt.

Zur Quantifizierung der Risiken im Depot A werden die Wertpapierbestände unter Zugrundelegung tagesaktueller Zinssätze und Kurse täglich bewertet. Ein Handelsbuch wird im Sinne von Art. 4 Abs. 86 CRR in Verbindung mit Art. 102 ff. CRR nicht unterhalten.

Das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch wird im Risikomanagement der Bank für Sozialwirtschaft als Teil der Marktpreisrisiken behandelt und bezeichnet die mögliche negative Abweichung des Zinsüberschusses vom erwarteten Wert zum Ende des Planungszeitraums. Zudem werden Zinsänderungsrisiken der Bank für Sozialwirtschaft auf Basis einer wertorientierten, d. h. barwertigen Betrachtung ermittelt. Für die Messung der Zinsänderungsrisiken werden ein Value-at-Risk-Ansatz sowie der aufsichtsrechtliche Zinsschock und das Prüfkriterium verwendet. Für alle zinstragenden Positionen werden Barwerte für die zinsbindungsorientierten Cashflows berechnet. Bei Zinspositionen ohne feste Zinsbindung werden Ablaufkitionen unterstellt, die einer regelmäßigen Überprüfung und Anpassung unterliegen. Durch die Simulation von Marktszenarien und die Neubewertung der Positionen wird die Barwertänderung abgeleitet.

Eigenhandelsgeschäfte werden nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen insbesondere unter Beachtung der Vorschriften für Nicht-Handelsbuchinstitute getätigt. Die Absicherung von Marktpreisrisiken erfolgt ausschließlich über Zinsderivate. Optionsgeschäfte werden mit Ausnahme der im Kreditgeschäft enthaltenen Sonderkündigungsrechte nicht getätigt. Die Messung, Steuerung und Überwachung von Marktpreisrisiken ist in das zentrale Risikomanagement der Bank für Sozialwirtschaft eingebunden, sodass ständig alle wesentlichen Risiken beobachtet werden, die durch die zins- und bonitätsbedingten Veränderungen von Marktpreisen ausgelöst werden können. Entsprechend den Veränderungen des Umfangs, der Komplexität und des Risikogehalts der Handelsgeschäfte wird deren Überwachung laufend angepasst.

Die Marktpreisrisiken liegen derzeit im Rahmen der geschäftspolitischen Zielsetzung und der bankindividuellen Risikotragfähigkeit.

c) operationelle Risiken

Neben den Adressenausfall- und Marktpreisrisiken muss sich die Bank für Sozialwirtschaft auch auf operationelle Risiken einstellen. Operationelle Risiken beinhalten die Gefahr von Verlusten infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Systemen und Menschen oder infolge externer Ereignisse. Hierunter fallen auch die unter dem Begriff Compliance-Risiko subsumierten Rechtsrisiken, das Risiko für Zwecke der Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung missbraucht zu werden und das Risiko sonstiger strafbarer Handlungen. Das innerbetriebliche Überwachungssystem der Bank trägt dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Versicherbare Gefahrenpotenziale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert.

Spektrum der Risikoarten

Das Spektrum der Risikoarten, für deren Identifizierung und Bewertung Compliance & Fraud verantwortlich ist, umfasst das Risiko eines aufsichtsrechtlichen Verstoßes, eines Gesetzesverstoßes, sonstiger betrügerischer interner oder externer Handlungen, eines Reputationsschadens, der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie der IT-Sicherheit und -Verfügbarkeit. Compliance & Fraud stellt die Entwicklung und Implementierung risikoreduzierender Maßnahmen sicher und befasst sich darüber hinaus mit Risiken und Normen, sofern diese als wesentlich eingestuft werden. Für die Beurteilung der Wesentlichkeit werden folgende Kriterien herangezogen, die in der Compliance-Richtlinie definiert sind:

- Vermögensschaden
- Reputationsschaden
- Bankaufsichtsrechtliche Sanktionen

Für die Identifizierung und Bewertung von Compliance-Risiken sowie die Koordination von Entwicklung und Implementierung risikoreduzierender Maßnahmen nutzt Compliance & Fraud die folgenden Verfahren und Prozesse:

- Führung und regelmäßige Aktualisierung eines Legal Inventory
- Koordination und Überwachung von Risk & Control Assessments
- Ad-hoc-Risk & Control Assessments
- Risk & Control Assessments aufgrund neuer Produkte und von Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie sonstiger Erkenntnisse
- Periodische Risk & Control Assessments
- Führen von Risiko-Kontroll-Matrizen
- Überwachung der Behebung von Kontrolllücken und Kontrollschwächen
- Durchführung von Kontrollaktivitäten
- (Ad-hoc)-Reporting an Vorstand und Aufsichtsrat

Die operationellen Risiken werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung mit Deckungsmasse unterlegt und im Rahmen des Risikomanagementprozesses gesteuert.

d) Liquiditätsrisiken

Das durch unzureichende Liquidität auftretende Risiko, eingegangene Auszahlungsverpflichtungen nicht erfüllen zu können, wird als Liquiditätsrisiko bezeichnet. Zu unterscheiden ist das dispositive Liquiditätsrisiko, das die kurzfristige Liquiditätssteuerung der Bank für Sozialwirtschaft widerspiegelt und die Zahlungsströme aus Zu- und Abflüssen von Zentralbankgeld beinhaltet, vom strukturellen Liquiditätsrisiko, das die mittel- bis langfristige Liquiditätsplanung des Hauses abbildet.

Die Messung, Steuerung und Überwachung von Liquiditätsrisiken ist in das zentrale Risikomanagementsystem der Bank für Sozialwirtschaft eingebunden, sodass ständig alle wesentlichen Risiken beobachtet werden, die durch die Veränderung der Liquiditätssituation der Bank für Sozialwirtschaft und des Marktes ausgelöst werden können. Das Management der Liquiditätsrisiken wird nach Umfang, Komplexität und Risikogehalt ihrer Geschäftsaktivitäten laufend den Erfordernissen angepasst und entsprechend weiterentwickelt. Hierbei trägt der Vorstand die Gesamtverantwortung für die Liquiditätsrisiken der Bank für Sozialwirtschaft und gibt die Methoden zur Messung und Steuerung von Liquiditätsrisiken vor. Er strukturiert zudem das Vorgehen der Bank, um die laufende Überprüfung sicherzustellen, inwieweit das Kreditinstitut ständig in der Lage ist, einen auftretenden Liquiditätsbedarf zu decken.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen wird durch den Geschäftsbereich Unternehmenssteuerung überwacht und durch die Abteilung Treasury operativ gesteuert. Es erfolgt eine regelmäßige Planung des Liquiditätsgrundsatzes mit festgelegten internen Untergrenzen.

Die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Bank für Sozialwirtschaft erfolgt auf Basis einer integrierten Liquiditäts- und Finanzplanung. Hierbei werden sowohl vertraglich determinierte als auch geplante bzw. erwartbare Zahlungsströme berücksichtigt. Eine spezielle Konzentration des Liquiditätsrisikos auf eine Teilkategorie (Marktliquidität, Refinanzierung, Abrufisiko) ist bei der Bank für Sozialwirtschaft nicht feststellbar und auch für die Zukunft nicht prognostiziert.

integrierte Liquiditäts- und Finanzplanung

Die gesamte Liquidität der Bank für Sozialwirtschaft wird durch die Abteilung Treasury gesteuert, um die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Bank bei gleichzeitig ausreichender Versorgung der Geschäftsbereiche mit Liquidität und unter strikter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Bestimmung zu gewährleisten. Weitere Zielsetzungen sind der betriebswirtschaftlich sinnvolle Einsatz vorhandener Mittel sowie die kostengünstige und diversifizierte Aufnahme liquider Mittel. Das Reporting über eingegangene Liquiditätsrisiken bildet die Basis für den Vorstand zur Beurteilung der Einhaltung der Leitlinien und Vorgaben sowie der aktuellen Liquiditätssituation. Hierzu erstellt die Abteilung Controlling monatlich einen Liquiditätsrisikobericht, der die aktuelle und die künftige Liquiditätssituation enthält. Durch ausreichende Liquiditätsvorsorge und eine ganzheitliche Steuerung der täglichen Disposition der Zahlungsströme wird aktiv dem Auftreten liquiditätsbedingter Engpässe vorgebeugt.

Darüber hinaus wird sichergestellt, dass bestimmte Liquiditätskennziffern als Steuerungsgrößen nicht unterschritten werden.

e) Vertriebsrisiken

Sämtliche Ereignisse und Entwicklungen, die sich auf das künftig zu generierende Neugeschäft sowohl im Kredit- und Einlagen- als auch im Kundenwertpapierbereich auswirken, werden als Vertriebsrisiken definiert. Ein verändertes Verhalten konkurrierender Banken in der Zinspolitik oder eine Krise in der Sozialwirtschaft, die sich auf die Kreditnachfrage auswirkt, können beispielhaft als Vertriebsrisiken genannt werden.

Die Messung, Steuerung und Überwachung von Vertriebsrisiken ist in das zentrale Risikomanagementsystem der Bank für Sozialwirtschaft eingebunden, sodass ständig alle wesentlichen Risiken beobachtet werden, die durch die Veränderung des Marktes ausgelöst werden können. Das Management der Vertriebsrisiken wird nach Umfang, Komplexität und Risikogehalt laufend den Erfordernissen angepasst und entsprechend weiterentwickelt. Der Vorstand wird monatlich im Rahmen der Risikotragfähigkeit über die Entwicklung der Vertriebsrisiken unterrichtet. Zur Quantifizierung der Vertriebsrisiken wird sowohl bei den Wachstumsraten im Kundengeschäft als auch bei den Margen eine von der monatlichen Planungsrechnung abweichende Entwicklung unterstellt.

f) Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen sind Positionen, deren Umfang und Bedeutung geeignet sein könnten, über das erwartete Maß hinaus Verluste zu produzieren oder Erträge zu schmälern. Diese Positionen würden somit einen erhöhten Kapitalbedarf erfordern. Die Identifikation, Beurteilung und Messung, Steuerung und Überwachung von Risikokonzentrationen erfolgt in einem institutionalisierten Prozess. Die Bank ist bestrebt, ihr Risikomanagementsystem auf Früherkennung von Konzentrationsrisiken auszurichten. Die Identifikation möglicher Konzentrationsrisiken wird im Rahmen des Risikomanagements durch eine Analyse der Entwicklung der Risikopositionen der Bank systematisch unterstützt.

g) Risikotragfähigkeitskonzept

Für das Gesamtrisikoprofil stellt die Bank für Sozialwirtschaft jederzeit sicher, dass die als wesentlich klassifizierten Risiken durch das verfügbare Risikodeckungspotenzial gedeckt sind und dadurch die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Hierbei wird eine handelsrechtliche Betrachtung auf Basis der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) des laufenden Jahres und des Folgejahres von einer ökonomischen barwertigen Betrachtung unterschieden.

Sicherstellung der Risikotragfähigkeit

Die grundsätzlichen Steuerungselemente für die beiden Steuerungskreise sind hierbei:

- Festlegung der verfügbaren Risikodeckungsmassen,
- Messung und Aggregation der Risiken,
- Festlegung der Limite und
- monatliches Reporting.

handelsrechtlicher und ökonomischer Steuerungskreis

Die Steuerungskreise verfolgen dabei unterschiedliche Zielsetzungen der Risikoabsicherung. Während der handelsrechtlich orientierte Steuerungskreis (Gewinn- und Verlustrechnung) auf die Absicherung des Jahresergebnisses inklusive der Dividende an die Aktionäre abzielt, verfolgt der ökonomische Steuerungskreis das Ziel, im Falle einer Liquidation des Unternehmens allen Zahlungsverpflichtungen gerecht werden zu können. In der handelsrechtlichen Perspektive werden die Risiken der Bank für Sozialwirtschaft durch ihre Auswirkungen auf den geplanten Jahresüberschuss des laufenden und des Folgejahres quantifiziert. Dazu werden spezifische Risikoszenarien definiert. Für die ökonomische bzw. betriebswirtschaftliche Perspektive werden nach Möglichkeit die einzelnen Risiken der Bank für Sozialwirtschaft nach dem Value-at-Risk-Ansatz (VaR) berechnet und zum Gesamtrisiko aggregiert. Diese Risiken stellen die potenziell maximalen Verluste dar, die bei einer definierten Halte-dauer und einem festgelegten Konfidenzniveau nicht überschritten werden.

Es ergaben sich keine wesentlichen Änderungen der Risiken. Zum Stichtag 31.12.2015 ergibt sich nach dem Going-Concern-Ansatz für das Geschäftsjahr 2016 folgende Risikosituation:

	Werte in Mio EUR	Auslastung in %
Risikodeckungspotenzial	66,2	100
Summe der Risiken	42,5	64,1
Adressenausfallrisiken	7,9	11,9
Marktpreisrisiken	26,4	39,9
Operationelle Risiken	1,5	2,2
Liquiditätsrisiken	3,1	4,7
Vertriebsrisiken	3,6	5,5

h) Zusammenfassende Risikoeinschätzung

Das transparente und konservative Geschäftsmodell der Bank für Sozialwirtschaft führt, gekoppelt mit der hohen Ertragskraft der Bank, zu einer aktuell wie auch zukünftig auskömmlichen Risikotragfähigkeit sowohl im Hinblick auf die handelsrechtliche Sicht (Going Concern) als auch auf die ökonomische (Gläubigerschutz) und die regulatorische Sicht, die eine Einhaltung der Vorgaben und Grenzwerte zu den Kapitalquoten sowie der Zinsänderungsrisiken und der Liquiditätslage voraussetzt.

Die Risikotragfähigkeit war im Geschäftsjahr 2015 aufgrund der laufenden Ertragskraft und der Vermögens-/Substanzsituation der Bank für Sozialwirtschaft jederzeit gegeben. Die dargestellten Risiken werden nach der derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft nicht wesentlich beeinträchtigen. Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

3. Prognose des Geschäftsverlaufs

**wesentliche
Ertragsquelle
Kundengeschäft**

Es wird das übliche Kredit- und Einlagengeschäft einer national agierenden mittelständischen Bank getätigt; dabei lässt die Bank für Sozialwirtschaft in allen Geschäftsbereichen nur begrenzte Risiken zu. Insbesondere aufgrund der engen Beziehung der Bank für Sozialwirtschaft zu ihren Aktionären und Kunden besteht keine Kapitalmarktabhängigkeit. Die wesentlichen Ertragsquellen liegen somit im Kundenkredit- und Einlagengeschäft. Der Ertrag aus dem Eigenhandel ist eine Residualgröße. Dementsprechend dienen die Handelsgeschäfte der Bank für Sozialwirtschaft primär der renditeorientierten und risikobewussten Anlage von Einlagen- und Liquiditätsüberschüssen. Die Durchführung von Handelsgeschäften mit dem vorrangigen Ziel, einen Eigenhandelserfolg zu erzielen, gehört nicht zur Anlagestrategie der Bank und ist gemäß den Rahmenbedingungen für Handelsgeschäfte der Bank für Sozialwirtschaft nicht zulässig. Die Eigenanlagen konzentrieren sich gemäß den internen Vorgaben auf die Anlage von Liquiditätsüberschüssen in das A-Segment gerateter Emittenten. Es wird eine risikoaverse Buy-and-Hold-Strategie verfolgt. Wertpapiergeschäfte werden daher in einem überschaubaren Umfang getätigt, und es handelt sich im Wesentlichen um Ersatzkäufe nach Fälligkeiten von Wertpapieren.

Im Kreditgeschäft nimmt die Bank im Interesse aller Beteiligten eine umfassende Risikobewertung vor, um damit die Ausfallwahrscheinlichkeit der Kredite zu minimieren. Durch eine umfassende Prüfung der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit der Kunden und der Kreditrisiken der einzelnen Finanzierungsvorhaben soll eine adäquate Bepreisung der Kredite vorgenommen werden. Die konservative Vorgehensweise hat sich mit Blick auf die Risiken als sehr erfolgreich erwiesen, sodass die Wertberichtigungs- bzw. Ausfallquote auf einem sehr niedrigen Niveau liegt. Weiterhin ist das Kreditgeschäft mit den Kunden geprägt durch einen hohen Anteil an Realkreditgeschäften. Eine Bündelung und anschließender Verkauf von Kundenkrediten erfolgt nicht. Im Anlagegeschäft liegt der Beratungsschwerpunkt traditionell und nach den Vorgaben der Kunden auf einer risikoaversen Anlageberatung. Im klassischen (bilanzwirksamen) Geschäft liegt der Fokus auf Sicht- und Termineinlagen. Im Wertpapiergeschäft werden risikoarme Papiere (Bundespapiere, Pfandbriefe u. Ä.) von den Kunden gewünscht. Aktienkäufe werden eher in geringer Größenordnung als Depotbeimischung unter dem Aspekt der Diversifikation getätigt.

Ihre Geschäftsperspektiven schätzt die Bank für Sozialwirtschaft auch für die nächsten Jahre als sehr positiv ein. Das Kerngeschäftsfeld Sozial- und Gesundheitswirtschaft gilt aufgrund der demografischen Entwicklung und des damit verbundenen steigenden Bedarfs an Dienstleistungen im Pflege- und Gesundheitssektor als Wachstumsmarkt. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass die finan-

ziellen Rahmenbedingungen für die Akteure der Sozial- und Gesundheitswirtschaft in den nächsten Jahren schwieriger werden. Insbesondere auf Landes- und kommunaler Ebene spielt dabei die Verschuldung der öffentlichen Haushalte eine wesentliche Rolle.

Als Konsequenz daraus wächst der Bedarf an Leistungen des Bank- und Kapitalmarkts, insbesondere an Krediten. Unter anderem durch Veränderungen in der Versorgungsstruktur steigen zudem die Anforderungen an eine Beratungskompetenz, die nicht nur eine bankfachliche Betrachtung, sondern auch die speziellen Aspekte der Finanzierung sozial- und gesundheitswirtschaftlicher Unternehmen einbezieht.

In Zukunft ist mit einer weiterhin hohen Kreditnachfrage zu rechnen. Auch wird die Sozial- und Gesundheitswirtschaft voraussichtlich verstärkt Instrumente der Unternehmensfinanzierung nutzen, u. a. um das veränderte Finanzierungsverhalten der öffentlichen Hand und der Kostenträger zu kompensieren. Es wird von einem weiterhin stetigen Wachstum im langfristigen Kundenkreditgeschäft auf hohem Niveau auszugehen sein. Die Wertpapiergeschäfte im Depot A dienen weiterhin als Liquiditätsreserve. Die Kundeneinlagen werden auch zukünftig als Hauptrefinanzierungsquelle angesehen.

Wesentliche Risiken in der geschäftlichen Entwicklung würden vorwiegend aus einem unerwartet hohen Zinsanstieg resultieren, der sich negativ auf die Kreditnachfrage auswirken könnte und zu Abschreibungen im Wertpapiergeschäft sowie zum Rückgang des Zinsüberschusses, vor allem wegen steigender Einlagenzinsen, führen würde. Darüber hinaus könnten sich massiv verschlechternde konjunkturelle Rahmenbedingungen ebenfalls negativ auf das Anlageverhalten der Kunden der Bank für Sozialwirtschaft und somit auf das Wertpapieranlage- und Einlagengeschäft auswirken.

4. Prognose der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Diese prognostizierten Geschäftsmöglichkeiten lassen für die Ertrags-, Finanz- und Liquiditätslage in den nächsten beiden Geschäftsjahren eine positive Entwicklung auf stabilem Niveau erwarten.

Vor dem Hintergrund schwieriger finanzwirtschaftlicher Rahmenbedingungen hat die Bank für Sozialwirtschaft in den vergangenen Jahren ihre Position mit einem starken Wachstum und einer überdurchschnittlich hohen Ertragskraft ausgebaut. Die Entwicklung der vergangenen Jahre auf dem hohen Niveau zu konsolidieren, ist erklärtes Ziel der Bank für Sozialwirtschaft.

Fokus bleibt auf Sozial- und Gesundheitswirtschaft

Zur Stabilisierung ihrer Marktposition legt die Bank für Sozialwirtschaft den Fokus für die zukünftige Geschäftsentwicklung weiter ausschließlich auf die intensive Durchdringung der Sozial- und Gesundheitswirtschaft. Wesentliche Grundlage hierfür ist die Steigerung der Leistungsfähigkeit über verbesserte interne Prozesse, reibungslos funktionierende Schnittstellen zwischen Markt und Marktfolge sowie eine dem erhöhten Margendruck und dem anhaltenden Niedrigzinsniveau Rechnung tragende Gesamtbanksteuerung.

Die konsolidierte Ertragsbasis ermöglicht eine Stärkung der Kapitalausstattung und die aufsichtsrechtlich geforderte Anpassung der Kapitalquoten.

a) Vermögenslage

Die durchgeführten Planungsrechnungen, die insbesondere auf den zuvor genannten bzw. den zur Ertragslage dargestellten Prämissen beruhen, lassen eine weitere Stärkung der Eigenmittel, wie in den Vorjahren, durch die voraussichtliche Dotation der Rücklagen erwarten. Die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses aus dem Geschäftsjahr 2015 wird, wenn die Hauptversammlung dem Vorschlag zustimmt, zu einer Erhöhung der Eigenmittel im Sinne der CRR um 43,4 Mio. EUR führen. Die Vermögenslage war zu jeder Zeit geordnet. Die bankenaufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung werden auch im Geschäftsjahr 2016 mit Spielraum eingehalten.

Die in diesem Abschnitt dargestellten Risiken der künftigen Entwicklung, insbesondere die Adressenausfall- und Marktpreisrisiken, werden keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögenslage im Geschäftsjahr 2016 haben.

b) Finanz- und Liquiditätslage

Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sowie eine angemessen hohe Liquidität waren im Geschäftsjahr 2015 gegeben.

Die bankenaufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Mindestreservebestimmung, die Bestimmungen der Liquiditätsverordnung (Liquiditätskennziffer) sowie die Bestimmungen zur Liquidity Coverage Ratio (LCR) werden auch im Geschäftsjahr 2016 eingehalten.

Mit einer Beeinträchtigung der Finanz- und Liquiditätslage ist aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge sowie ausreichend zur Verfügung stehenden Refinanzierungsmöglichkeiten auch im Geschäftsjahr 2016 nicht zu rechnen.

c) Ertragslage

Auf Grundlage der prognostizierten Zinsentwicklung, die im Wesentlichen einen leichten Zinsanstieg in nahezu allen Laufzeiten vorsieht, sowie unter Berücksichtigung der dargestellten Erwartungen zum voraussichtlichen Geschäftsverlauf im Kredit- und Einlagengeschäft wird für das Geschäftsjahr 2016 mit einem Zinsüberschuss von 143,6 Mio. EUR gerechnet.

Das Provisionsergebnis wird sich auf Vorjahresniveau bewegen (3,4 Mio. EUR).

Die sonstigen Erträge, vor allem aus Gewinngemeinschaften und Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen, steigen voraussichtlich auf 7,3 Mio. EUR an. Dies wird auf die weiterhin positive Geschäftsentwicklung der Tochtergesellschaften zurückzuführen sein.

Die Allgemeinen Verwaltungsaufwendungen wachsen auf 76,6 Mio. EUR an. Dazu trägt der sich erhöhende Personalaufwand (38,6 Mio. EUR) vorrangig durch Neueinstellungen bei. Die anderen Verwaltungsaufwendungen (32,4 Mio. EUR) steigen ebenfalls weiterhin erwartungsgemäß an. Die Kostensteigerungen werden im Wesentlichen auf gestiegene Pflichtbeiträge an den Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, die Bankenabgabe gemäß Restrukturierungsgesetz, notwendige Aufwendungen zur Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen und gestiegene IT-Aufwendungen entfallen.

Aufgrund der erwarteten Entwicklungen wird das Betriebsergebnis vor Bewertung (77,8 Mio. EUR) voraussichtlich unter Vorjahresniveau liegen.

Das Bewertungsergebnis ist aufgrund der Unsicherheit an den Kapitalmärkten und eventueller konjunktureller Veränderungen der Realwirtschaft mit erheblichen Unwägbarkeiten behaftet. Trotz dieser Unwägbarkeiten wird zur Abschirmung möglicher, statistisch erwarteter Verluste im Kreditgeschäft eine Risikovorsorge i. H. v. 13,9 Mio. EUR als Bewertungsergebnis eingeplant.

Unter Berücksichtigung der Steueraufwendungen wird der Jahresüberschuss voraussichtlich auf 44,6 Mio. EUR steigen.

5. Zusammenfassende Beurteilung

weiter sehr erfolgreiche Entwicklung erwartet

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Perspektiven und Maßnahmen sowie interner Planungen und Hochrechnungen geht die Bank für Sozialwirtschaft für das kommende Geschäftsjahr wie dargestellt von einer weiterhin sehr erfolgreichen Entwicklung und der Erreichung der gesteckten Ziele aus. Es wird eine jederzeit auskömmliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erwartet.

Berlin und Köln, den 29. Februar 2016

Bank für Sozialwirtschaft AG

Prof. Dr. Harald Schmitz Thomas Kahleis Oliver Luckner

Bericht des Vorstandes

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die kontinuierliche Ausweitung des Geschäftsvolumens und die damit verbundenen Aufgaben spiegeln sich in der gestiegenen Mitarbeiterzahl wieder. Zum Jahresende waren 422 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, was einem Anstieg von 25 gegenüber dem Vorjahr entspricht. Auch im laufenden Geschäftsjahr werden wir das geschäftliche Wachstum mit weiteren Neueinstellungen unterstützen.

Diese Steigerung sowie die geringe Mitarbeiterfluktuation zeigen, dass wir als attraktiver, zukunftsorientierter Arbeitgeber wahrgenommen werden. Durch die Gestaltung wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen, nicht zuletzt durch ein ansprechendes und motivierendes Arbeitsumfeld, gelingt es uns, auch bei zunehmender Entwicklung des Arbeitnehmermarktes und des Wettbewerbs um qualifizierte Fachkräfte, neue Mitarbeiter/-innen für unser Haus zu gewinnen.

Der „War of Talents“ wird zunehmend spürbar. Bei den für uns relevanten Zielgruppen als attraktiver Arbeitgeber mit Zukunft sichtbar zu werden, gewinnt deshalb immer mehr an Bedeutung. Über gezieltes Personalmarketing werden wir unsere Arbeitgeberreputation weiter erhöhen und uns dadurch von anderen Arbeitgebern aktiv differenzieren.

**häufig lange
Betriebs-
zugehörigkeit**

Die Zufriedenheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Konstanz unserer Personalarbeit spiegeln sich in der traditionell hohen Betriebstreue wider. Daran hat sich auch im Berichtsjahr nichts geändert. So konnten im Geschäftsjahr 2015 zahlreiche 10- und 25-jährige Betriebsjubiläen begangen werden. Diese personelle Stabilität ist einerseits wichtig für die Kontinuität der Entwicklung des Unternehmens und andererseits von immenser Bedeutung für den Aufbau langjähriger, erfolgreicher Kundenbeziehungen.

Zielgerichtete Personalentwicklung

Die Kompetenzen und Fähigkeiten sowie die Kreativität unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die Grundlage unseres geschäftlichen Erfolges.

Auf der Basis von jährlichen Mitarbeitergesprächen werden die individuellen Qualifizierungsbedarfe ermittelt und geeignete Maßnahmen zur Kompetenzentwicklung vereinbart. Wie in den Jahren zuvor haben wir daher auch im Jahr 2015 hohe Investitionen in die arbeitsplatzbezogene und persönliche Weiterentwicklung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getätigt. Um dem Bedarf der jeweiligen Mitarbeiter gerecht zu werden, setzen wir sowohl standardisierte als auch individualisierte Trainings ein.

Die speziellen Anforderungen unserer Kunden fordern unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern detaillierte Kenntnisse des Marktsegmentes ab. Dabei spielen nicht nur finanzwirtschaftliche Aspekte eine Rolle. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen auch vor der Herausforderung, betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten, gesetzliche Rahmenbedingungen, satzungsbedingte Vorgaben, ethische und moralische Grundsätze sowie demografische Prozesse analytisch zu verknüpfen, um unsere Kunden zu passgenauen Anlage- und Finanzierungsmodellen beraten zu können.

Daher beinhaltet unser Personalentwicklungskonzept regelmäßige Schulungen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den Leistungs- und Finanzierungsstrukturen in den verschiedenen Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft im Rahmen interner Seminare.

Weiterhin stellen wir den internen Aufstieg über den externen Einstieg. Dabei identifizieren wir die in unserem Haus vorhandenen Potenziale für weiterführende Managementaufgaben bzw. für die Nachfolgeplanung und sichern damit eine Entwicklung von Führungskräften aus eigenen Reihen. Ein wichtiges Fundament ist hierbei das Assessment Center, welches wir seit Jahren erfolgreich zur Besetzung von Führungspositionen einsetzen. Um eine ganzheitliche Betreuung und Entwicklung unserer Führungskräfte zu gewährleisten, werden wir ab 2016 ein modulares und fortlaufendes Führungskräfteentwicklungsprogramm implementieren, welches sich an unseren Führungsleitlinien und dem daraus abgeleiteten Kompetenzmodell orientieren wird.

Ausbildung als Zukunftskapital

Der demografische Wandel führt dazu, dass es zunehmend schwieriger wird, Arbeitsplätze in den Unternehmen mit den hierfür qualifizierten Mitarbeitern zu besetzen. Fachkräftemangel und Qualifikationsengpässe in der betrieblichen Praxis sind schon heute sichtbare Zeichen dieser Entwicklung. Die Berufsausbildung ist daher ein wichtiges Instrument, um Nachwuchstalente zu gewinnen.

Zielgerichtete Personalmarketingmaßnahmen sollen auch hier dafür sorgen, dass die Bank auch in Zukunft von der relevanten Zielgruppe als kompetenter Ausbildungsbetrieb wahrgenommen wird.

systematische Nachwuchs- förderung

Aus diesem Grund legen wir auf die Förderung des eigenen Nachwuchses in unserem Hause traditionell besonderen Wert. Es ist unser Ziel, jungen interessierten Menschen eine qualifizierte sowie nachhaltige Ausbildung zu ermöglichen. Im Mittelpunkt steht eine praxisnahe Ausbildung in den verschiedenen Bereichen unserer Bank. Zum Ende des Geschäftsjahres 2015 befanden sich daher insgesamt acht Auszubildende in dem Berufsbild Bankkaufmann/-frau in der Ausbildung. Die meisten Auszubildenden bleiben nach Abschluss ihrer Ausbildung als Nachwuchskräfte in unserem Unternehmen. Dabei ist uns daran gelegen, schon während der Ausbildung Präferenzen zu erkennen und gemeinsam langfristige Perspektiven zu gestalten.

Außerdem ermöglichen wir berufsbegleitende Studiengänge durch eine finanzielle Studienförderung. Zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen die Möglichkeit, sich in volks- und betriebswirtschaftlichen sowie juristischen Studiengängen nebenberuflich fortzubilden. Die Studienkosten werden von der Bank übernommen und können durch eine entsprechende Betriebszugehörigkeit nach Studienabschluss abgegolten werden. Hierdurch wird der Wissenstransfer aus dem Hochschulbereich in die Bank für Sozialwirtschaft AG gewährleistet.

Work-Life-Balance

Gemeinsam erarbeiten wir Arbeitsbedingungen und -zeitmodelle, die die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen berücksichtigen. Es ist uns ein besonderes Anliegen, für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Elternzeit Möglichkeiten zu bieten, Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Dadurch bedingt nehmen mit zunehmender Tendenz auch bei uns beschäftigte Väter Elternzeit in Anspruch.

So bietet die Bank Beschäftigten bereits während ihrer Elternzeit die Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten oder Aushilfs- und Vertretungstätigkeiten zu übernehmen. Die zeitlich begrenzte Übernahme einer Teilzeitstelle gibt den Mitarbeitern die Chance, sich während besonders betreuungsintensiver Phasen auf Familienaufgaben zu konzentrieren. Dies bedeutet für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit, ihren individuellen Qualifikationsstand zu erhalten, zu vertiefen und weiter auszubauen. Ferner bleibt die soziale Verflechtung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter untereinander erhalten, die die Wiedereingliederung in den Kollegenkreis auch nach einer längeren Freistellung unterstützt.

gestiegene Zahl an Teilzeitkräften

Soweit es die betrieblichen Rahmenbedingungen ermöglichen, werden sämtliche Wünsche nach Teilzeitarbeitsplätzen realisiert, was durch diverse Möglichkeiten flexibler Arbeitszeiteinteilung unterstützt wird. Die im Vorjahresvergleich gestiegene Anzahl an Teilzeitarbeitskräften auf 94 zeigt deutlich den Trend, dass der Bedarf an flexiblen, auf die jeweilige Lebenssituation angepassten Arbeitszeitmodellen weiter zunimmt.

In diesem Zusammenhang bewährt sich das etablierte Vertrauensarbeitszeitmodell. Es bietet unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die flexible Handhabung des Arbeitsaufkommens und stets die Gewissheit, dass Mehrarbeit durch Freizeitausgleich eine gerechte Balance findet. Der Bank ermöglicht dieses System den Vorteil, dass die Arbeitskraft des Personals in angemessener Auslastung eingesetzt werden kann.

Darüber hinaus bieten wir weiterhin die Möglichkeit zu einem gleitenden Übergang in den Ruhestand. Die Absprache der Arbeitszeit erfolgt in Abhängigkeit von betriebspezifischen Notwendigkeiten und den individuellen Wünschen des Arbeitnehmers. Mitarbeiter im rentenfähigen Alter erhalten hierdurch die Möglichkeit – nach verschiedenen Modellen – die Arbeitszeit zu reduzieren. Hierdurch entstehen Freiräume, die je nach Einzelbedarf genutzt werden können.

Dank an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Der Vorstand dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Mit ihrem Engagement, ihren Ideen und vor allem ihrer Loyalität bestimmen sie die erfolgreiche Entwicklung unseres Hauses maßgeblich mit, sodass die BFS als verlässlicher Partner ihrer Kunden fungieren kann.

Mit Stolz und Respekt blicken wir auf die erfolgreiche Arbeit im vergangenen Geschäftsjahr 2015 zurück. Wir sind überzeugt, dass wir die Bank mit dem Können, der Begeisterung und der Energie unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in eine erfolgreiche Zukunft führen werden.

Bericht des Vorstandes

Entwicklungen der verbundenen Unternehmen

BFS Service GmbH

Die BFS Service GmbH erzielte im Geschäftsjahr 2015 ein Betriebsergebnis in Höhe von 5,19 Mio. EUR und lag damit auf dem Niveau des Vorjahres (2014: 5,18 Mio. EUR). Das vergangene Geschäftsjahr erfolgte in einem schwierigen Marktumfeld, das insbesondere durch ein niedriges Zinsniveau und einen steigenden Konditions Wettbewerb um Kunden geprägt war. Dies führte dazu, dass die BFS Service GmbH für 2015 ein um rund 6,0 % rückläufiges Zinsergebnis ausweist. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass sie ihr Zinsergebnis im Vorjahr um 13 % steigern konnte. Von dieser hohen Vorjahresbasis (2014: 10,34 Mio. EUR) ausgehend, verringerten sich die Zinserträge um 606 TEUR auf 9,74 Mio. EUR. Die Zinsaufwendungen fielen 2015 entsprechend um 175 TEUR auf 3,50 Mio. EUR. Das angekaufte Forderungsvolumen lag mit rund 1,2 Mrd. EUR auf Vorjahresniveau.

Online-Factoring

Die Vorfinanzierung von Forderungen durch Online-Factoring ist das Hauptgeschäftsfeld der BFS Service GmbH. Im Rahmen von unechtem Factoring kauft sie auf Rechnung der Bank für Sozialwirtschaft AG Forderungen von Kunden aus der Sozial- und Gesundheitswirtschaft an. In der Sozial- und Gesundheitswirtschaft wird diese umsatzkongruente Finanzierungsform auch weiterhin an Bedeutung gewinnen. Insbesondere in Wachstumsphasen von Unternehmen stellt sie eine unkomplizierte und schnelle Finanzierungsform für viele Kunden dar.

Marktpositionierung durch flexibles Factoring-Paket

Ferner ist die BFS Service GmbH durch ein flexibles Factoring-Paket, das passgenau auf die Einzelbranchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft (ambulante Pflegedienste, Rettungsdienste, Altenheime, Krankenhäuser, Reha-Kliniken etc.) zugeschnitten ist, im Markt sehr gut positioniert. Im Geschäftsjahr 2015 entfiel ein Ankaufsvolumen von 639 Mio. EUR auf ambulante Pflegedienste (Vorjahr: 602 Mio. EUR) und von 401 Mio. EUR auf Krankenhäuser und Reha-Kliniken (Vorjahr: 482 Mio. EUR).

Das Finanzierungsangebot „Ausschnittsfactoring“, das sich vorwiegend an Krankenhäuser und Reha-Klinken richtet, wurde 2015 von unseren Kunden aufgrund einer besseren Liquiditätslage nicht so stark in Anspruch genommen. Bei diesem Angebot werden nicht alle Forderungen gegenüber Leistungsträgern verkauft, sondern nur Rechnungen ausgewählter Debitoren. Im Vorfeld legen dazu der Kunde und die BFS Service GmbH gemeinsam eine Debitorengruppe (Ausschnitt) für das Factoring fest. Innerhalb der Vertragslaufzeit kann der Kunde je nach Liquiditätsbedarf den Ausschnitt vergrößern bzw. reduzieren.

factomat®

Das Angebot der BFS Service GmbH für sonstige Leistungserbringer aus dem Gesundheitswesen verfolgt eine Lean-Factoring-Philosophie und positioniert sich als integrativer Finanzierungsbestand-

teil bei der Rezeptabrechnung gegenüber Krankenkassen. Ähnlich wie bei Direktbanken laufen nahezu alle Geschäftsprozesse internetgestützt und vom Kunden initiiert automatisch ab. Bei diesem Angebot kann die BFS Service GmbH auf einen erfolgreichen Verlauf 2015 zurückblicken. Den seit dem Frühjahr 2012 verfügbaren „factomat®“ nutzen inzwischen über 300 Kunden.

BFS Abrechnungs GmbH

Die Dienstleistungen der BFS Abrechnungs GmbH, an der die BFS Service GmbH seit 2010 beteiligt ist, richten sich an Pflegedienste und Sozialstationen mit und ohne Vorfinanzierungsbedarf. Zum Leistungsspektrum gehören u. a. die Rechnungstellung, das Clearing mit den Kassen, das Mahnwesen und die Überweisung aller ausstehenden Forderungen auf Wunsch bereits nach drei Arbeitstagen. Das Angebot kommt dem Bedarf vieler Kunden entgegen, angesichts wachsender Anforderungen seitens der Kostenträger Abrechnungsleistungen an externe Dienstleister auszulagern und zugleich ihre Liquiditätssituation zu verbessern.

Steigerung des Betriebsergebnisses

Der Umsatz der BFS Abrechnungs GmbH betrug 2015 7,90 Mio. EUR (Vorjahr: 5,9 Mio. EUR); das vorläufige Betriebsergebnis 2015 lag bei 3,1 Mio. EUR (Vorjahr: 2,5 Mio. EUR). Dies entspricht einer Steigerung des Betriebsergebnisses im Vergleich zum Vorjahr um rund 24 %. Die BFS Abrechnungs GmbH hat im vergangenen Jahr erstmals eine Gewinnausschüttung in Höhe von 1 Mio. EUR vorgenommen. Gemäß Beteiligungsverhältnis wurden davon 490.000 TEUR an die BFS Service GmbH ausgeschüttet.

Die BFS Abrechnungs GmbH ist der einzige reine Pflegespezialist unter den Abrechnungsdienstleistern und beschäftigt viele Mitarbeitende aus der Pflege, die über die entsprechende Expertise verfügen. Außergewöhnlich im Markt der ambulanten Pflege ist zudem die volle Integration der externen Abrechnungsdienstleistung innerhalb einer Branchenlösung. Diese Spezialisierung ist die Grundlage ihrer hohen Dienstleistungsqualität und des stetigen Geschäftswachstums. Aufgrund der zunehmenden Nachfrage erwartet die BFS Service GmbH auch für die nächsten Jahre ein nachhaltiges Wachstum der BFS Abrechnungs GmbH.

Fortbildung

Als innovativer Anbieter von Ein- bis Zweitagesseminaren zu aktuellen betriebswirtschaftlichen und juristischen Fragestellungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft verfügt die BFS Service GmbH seit vielen Jahren über eine gute Positionierung am Markt. Im Berichtsjahr wurden insbesondere die Seminare „Der beste ambulante Pflegedienst“, „Kostenrechnung für ambulante Pflegedienste“, „Ambulant betreute Wohngemeinschaften“, „Baukosten-Controlling“, „Bauherrenaufgaben“ und „Neu kalkulieren – Der Aufbau eines Privatzahler-Kataloges“ sehr gut angenommen. Die „BFS Managementwoche“, ein Intensivlehrgang für Führungskräfte der Sozialwirtschaft, war ebenfalls stark nachgefragt. Die meisten Seminarteilnehmenden waren erneut an den Standorten Köln und Berlin zu verzeichnen.

Die Kunden der BFS Service GmbH aus der ambulanten und stationären Pflege stehen 2016 vor der großen Herausforderung, die grundlegenden Veränderungen des Pflegestärkungsgesetzes II (PSG II) planerisch und organisatorisch umzusetzen, die zum 1. Januar 2017 in Kraft treten. Um sie dabei bestmöglich zu unterstützen, hat die BFS Service GmbH zwei neue Seminare in ihr Fortbildungsprogramm aufgenommen, die die Regelungen des Pflegestärkungsgesetzes II und die Chancen der strategischen Positionierung für Anbieter der ambulanten und der stationären Versorgung beleuchten.

**Ziel: frühzeitig
zukunftsweisende
Themen anbieten**

Ziel der BFS Service GmbH in diesem Geschäftsbereich ist es, stets frühzeitig zukunftsweisende Seminarthemen anzubieten, die die aktuellen Herausforderungen für Führungskräfte in der Sozialwirtschaft aufgreifen. Darin wird sie durch ein Netzwerk von internen und externen Experten unterstützt, die die Entwicklungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft verfolgen.

Betriebsvergleiche

Zum Angebot der BFS Service GmbH gehören darüber hinaus jährliche Betriebsvergleiche für die ambulante und die stationäre Altenhilfe. Sie bieten ein rein datengestütztes Benchmarking, das durch den persönlichen Austausch der Teilnehmer in Benchmarking-Kreisen ergänzt wird. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Betriebsvergleiche dem Management Hinweise auf Verbesserungspotenziale geben und Veränderungsprozesse in den Einrichtungen anstoßen. Die Betriebsvergleiche haben zahlreiche langjährige Nutzer, die den regelmäßigen Überblick über aussagekräftige Daten ihres Unternehmens schätzen.

Vor dem Hintergrund der durch das PSG II anstehenden Umstellungen wird die BFS Service GmbH ihr Benchmarking-Angebot „Betriebsvergleiche“ im Geschäftsjahr 2016 konzeptionell neu ausrichten und 2017 auf Basis einer neuen Softwaretechnologie anbieten.

Ausblick

Um ihre Stellung im Markt als Qualitäts- und Innovationsführer auszubauen und zusätzliche wichtige Geschäftsfelder für sich zu erschließen, prüft die BFS Service GmbH aktuell das Eingehen von weiteren Beteiligungen.

Wegen des weiterhin sehr niedrigen Zinsniveaus rechnet die BFS Service GmbH in ihrem Hauptgeschäftsfeld für 2016 sowie 2017 mit einem moderaten Anstieg des Zinsergebnisses um jeweils rund 5 %. Aufgrund der überdurchschnittlichen Zuwachsraten der BFS Abrechnungs GmbH im Geschäftsfeld ambulante Pflege ist davon auszugehen, dass die BFS Service GmbH in 2016 Ausschüttungserträge vereinnahmen kann, die oberhalb von 1 Mio. EUR liegen. Insofern wird die BFS Service GmbH das Geschäftsjahr 2016 voraussichtlich mit einer deutlichen Steigerung des Betriebsergebnisses abschließen können.

BFS Immobilien-Service GmbH

Die Assoziationen, die mit dem Kürzel „IS“ inzwischen verbunden sind, haben uns bewogen, den Namen unseres verbundenen Unternehmens „IS Immobilien-Service GmbH“ in „BFS Immobilien-Service GmbH“ zu ändern. Die Umfirmierung wurde am 15. Januar 2016 in das Handelsregister eingetragen. Der folgende Bericht schreibt die bisherige Entwicklung der IS Immobilien-Service GmbH fort.

Die BFS Immobilien-Service GmbH hat im Geschäftsjahr 2015 ihre positive Geschäftsentwicklung fortgesetzt. Bedingt durch die anhaltend hohe Nachfrage nach den Analysen, Gutachten und Beratungstätigkeiten der BFS Immobilien-Service GmbH ist der Umsatz auf 2.869 TEUR angestiegen (Vorjahr: 2.327 TEUR).

Das Jahresergebnis, das die BFS Immobilien-Service GmbH für das Geschäftsjahr 2015 aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die Bank für Sozialwirtschaft AG abführte, belief sich auf 1.019 TEUR (Jahresergebnis 2015: 920 TEUR).

Tendenz zu mehr Verbundprojekten

Im Geschäftsjahr 2015 war das Interesse an langfristigen Finanzierungen von Sozialimmobilien weiterhin hoch. Bei der Ausgestaltung der Pflegedienstleistungen verzeichnete die BFS Immobilien-Service GmbH eine Fortsetzung der Tendenz hin zu mehr Verbundprojekten. Verknüpfte Angebote, die neben der stationären Pflege auch teilstationäre Pflege, Betreutes Wohnen und Ambulant Betreute Wohngemeinschaften (ABWG) in einer Immobilie umfassen, sind 2015 stärker in den Vordergrund gerückt. Bei diesen neuen Versorgungsformen ist eine zuverlässige Analyse und Bewertung der Zukunftsfähigkeit der Investitionsvorhaben, die den Schwerpunkt der Arbeit der BFS Immobilien-Service GmbH ausmachten, besonders gefragt. Darüber hinaus prüfte das Unternehmen vor dem Hintergrund einer geringer werdenden Zahl von Neubaumaßnahmen zunehmend Sanierungsvorhaben vor dem Hintergrund geplanter Umfinanzierungen bestehender Einrichtungen auf ihre Zukunftsfähigkeit.

Standort- und Wettbewerbsanalysen

Durch das Zweite Pflegestärkungsgesetz (PSG II), das zum 1. Januar 2016 in Kraft getreten ist und ab dem 1. Januar 2017 einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und damit einhergehend gravierende Änderungen im Leistungsrecht vorgibt, wird der Ausbau des ambulanten Sektors der Altenhilfe nochmals stärker gefördert. Die Gesetzesänderungen im Rahmen der Pflegeversicherung tragen dazu bei, dass von einem weiteren Wachstum des Marktes für ABWG auszugehen ist. Um die zunehmende Zahl von Finanzierungsanfragen in diesem Segment bewerten und Finanzierungsentscheidungen auf einer zuverlässigen Basis treffen zu können, hat die BFS Immobilien-Service GmbH im Geschäftsjahr 2015 ihre Standort- und Wettbewerbsanalysen inhaltlich modifiziert und drei zusätzliche Mitarbeiter eingestellt. Die Analysen können nun genau nach dem Investitionsvorhaben des jeweiligen Kunden auf die verschiedenen Angebotsbereiche des Pflegesektors angewendet werden (Stationäre Pflege, teil-

passgenaue Analysen von Finanzierungsvorhaben

stationäre Angebote Betreutes Wohnen, ABWG). Auch eine eigenständige „ABWG-Analyse“ wurde eingeführt und etabliert.

Um vor dem Hintergrund der fortschreitenden Ambulantisierung des Pflegemarktes den Bedarf für Betreutes Wohnen quantifizieren zu können, hat die BFS Immobilien-Service GmbH im Geschäftsjahr 2015 zusammen mit der Prognos AG erstmals ein Bedarfsermittlungsmodell für Betreutes Wohnen in Deutschland entwickelt. Dieses ermöglicht differenzierte Prognosen für den Bedarf an Betreuten Wohneinheiten auf regionaler Ebene bis zum Jahr 2030. Das Modell trägt dazu bei, die exponierte Marktstellung der BFS Immobilien-Service GmbH als Kompetenzzentrum für Geschäftsmodelle und Immobilien rund um das Sozial- und Gesundheitswesen weiter auszubauen.

Die BFS Immobilien-Service GmbH analysierte im Berichtsjahr 178 Projekte, davon 103 im Rahmen vollumfänglicher Standort- und Wettbewerbsanalysen, 13 der neu eingeführten ABWG-Analysen und 62 sog. „Quick Checks“ zur schnelle Einschätzung von Investitionsvorhaben auf der Grundlage von Auswertungen ihrer Datenbank, deren kontinuierlicher Ausbau sich immer mehr zu einem entscheidenden Alleinstellungsmerkmal gegenüber Mitbewerbern entwickelt. In diesem Dienstleistungssegment enthalten sind auch wieder zahlreiche externe Aufträge unabhängig von einem konkreten Finanzierungsvorhaben der BFS.

Beleihungswertgutachten

Der Geschäftsbereich der Immobilienbewertung verzeichnete im abgelaufenen Geschäftsjahr eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Es wurden 237 Gutachten mit einem Gesamtvolumen von 1.273 Mio. EUR erstellt (Vorjahr: 215 Gutachten, Gesamtvolumen 1.070 EUR). Dies ist vor allem auf die starke Zunahme der Bewertungen von Krankenhäusern zurückzuführen.

Hintergrund dieser Entwicklung sind die strategischen Zielsetzungen im Kreditgeschäft der Bank für Sozialwirtschaft AG, die seit einigen Jahren neben dem traditionellen Schwerpunkt der Pflegeimmobilien verstärkt Unternehmen aus der Gesundheitswirtschaft akquiriert, um ihr Kreditportfolio zu diversifizieren.

Softwareumstellung in 2016

Im Geschäftsjahr 2015 wurde die Einführung einer neuen Software für die Erstellung der Beleihungswertgutachten vorangetrieben. Die Umstellung ist für 2016 geplant. Die künftige Software soll effizientere Prozesse bei der internen Wertermittlung sicherstellen, die auch von den Mitarbeitern in den Geschäftsstellen der BFS genutzt wird. Das Programm enthält zahlreiche Recherchedaten und ermöglicht die Verknüpfung der internen Wertermittlung mit Beleihungswertgutachten.

BFS Mezzanine Fonds

Wie in den Vorjahren führte die BFS Immobilien-Service GmbH im Berichtsjahr zudem die Geschäfte der BFS Mezzanine Fonds. Zum 31. Dezember 2014 endete die Laufzeit des BFS Mezzanine Fonds I.

Alle Investoren erhielten ihre Anlagen im I. Quartal des abgelaufenen Geschäftsjahres in vollem Umfang zurückerstattet und können damit auf ein erfolgreiches Engagement mit durchschnittlich 7 % Verzinsung zurückblicken. Der BFS Mezzanine Fonds II läuft noch bis zum 31. Dezember 2017 und entwickelt sich bis heute planmäßig, sodass den Investoren auch hier die avisierten Renditen regelmäßig gezahlt werden können.

**Gründung einer
Kapitalverwaltungs-
gesellschaft**

Im Laufe des Jahres 2016 beabsichtigt die BFS Immobilien-Service GmbH die Auflegung eines dritten Mezzanine Fonds neben dem bestehenden BFS Mezzanine Fonds II. Zu diesem Zweck wurde gemäß den neuen, deutlich höheren aufsichtsrechtlichen Anforderungen Ende 2015 eine Kapitalverwaltungsgesellschaft gegründet, bei der BaFin registriert und inzwischen im Handelsregister eingetragen.

Kompetenzzentrum Gesundheitswirtschaft

Das „Kompetenzzentrum Gesundheitswirtschaft“ unterstützt die Bank für Sozialwirtschaft AG seit Jahresbeginn 2014 durch Wissenstransfer und Dienstleistungen beim Ausbau ihres Marktanteils in der Gesundheitswirtschaft.

Im Geschäftsjahr 2015 wurde der Aufbau des Leistungsspektrums des „Kompetenzzentrums Gesundheitswirtschaft“ weiter vorangetrieben und in die Reorganisation des Kreditprozesses der Bank für Sozialwirtschaft AG eingebunden. Dazu wurde u. a. die Analysestruktur für die zukünftige „Krankenhaus-Analyse“ erarbeitet und abgestimmt. Diese wird die eigenständige Plausibilisierung von Geschäftsmodellen und Businessplänen im Krankenhausesektor ermöglichen.

Ausblick

Für die Geschäftsjahre 2016 bis 2018 erwartet die BFS Immobilien-Service GmbH eine unvermindert starke Nachfrage nach ihren Dienstleistungsangeboten. Auf die Auswirkungen des Pflegestärkungsgesetzes II und die damit einhergehende Verschiebung des Wachstums von der stationären hin zur ambulanten Pflege hat sich die BFS Immobilien-Service GmbH dezidiert vorbereitet, um ihre Kunden optimal begleiten zu können. Im Geschäftsjahr 2016 wird sie die Analyseinstrumente bedarfsgerecht weiterentwickeln und zusätzliches Personal im Geschäftsbereich Analyse/Beratung einstellen, um den erhöhten Anforderungen sowohl qualitativ als auch von den quantitativen Bearbeitungskapazitäten her entsprechen zu können. Von dieser Basis ausgehend gestalten sich die geschäftlichen Perspektiven weiterhin vielversprechend.

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben sich während des gesamten Geschäftsjahres in regelmäßigen Sitzungen und durch schriftliche Berichte des Vorstandes umfassend über die Lage und Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG sowie über alle wichtigen Geschäftsentwicklungen und Geschehnisse informieren lassen und sich mit wesentlichen Fragestellungen der Bank intensiv auseinandergesetzt.

Schwerpunkte der Arbeit des Aufsichtsrates waren unter anderem

- die Geschäfts- und Risikostrategie sowie die darauf aufbauenden strategischen Handbücher für das Kreditgeschäft, den Vertrieb, die IT und den Bereich Personal,
- die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung einschließlich der Planung für das laufende sowie die folgenden Geschäftsjahre bis 2020,
- die Ausrichtung der Strukturen der Bank auf die Zukunft,
- das Risikomanagement der Bank,
- die Vorstandsvergütung sowie
- aufsichtsrechtliche Entwicklungen, ihre Folgen sowie ihre Einhaltung durch die Bank.

Auf der Basis der Quartalsberichte des Vorstandes zur Geschäftsentwicklung und zur Risikolage der Bank hat der Aufsichtsrat die Führung der Geschäfte der Bank kontinuierlich überwacht und die sich daraus ergebenden geschäftspolitischen Entscheidungen gemeinsam mit dem Vorstand beraten. Zu einigen Themenkomplexen wurde ergänzend bankinterne und externe Expertise eingeholt.

Seine gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben hat der Aufsichtsrat wahrgenommen. Über Kredite, die nach dem Gesetz über das Kreditwesen zustimmungspflichtig sind, hat der Risikoausschuss des Aufsichtsrates nach Prüfung und Abstimmung mit dem Vorstand entschieden.

Neben der Erörterung der geschäftlichen Entwicklung und der Risikolage hat der Aufsichtsrat die Berichte der Internen Revision und des Bereiches Compliance & Fraud für das Jahr 2015 zur Kenntnis genommen.

Der Prüfungs-, Risiko- sowie der Nominierungs- und Vergütungskontrollausschuss des Aufsichtsrates haben im Berichtsjahr ihre Arbeit fortgesetzt. Der Prüfungsausschuss setzte sich im 1. Halbjahr vor allem mit dem Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer und den Prüfungsschwerpunkten für das Geschäftsjahr 2014 auseinander. Im 2. Halbjahr trat er vor der ersten Abschlussprüfung der von der ordentlichen Hauptversammlung 2015 gewählten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH in einen intensiven Austausch mit den neuen Prüfern. Im Mittelpunkt der Arbeit des Risikoausschusses stand im gesamten Berichtsjahr die Beschäftigung mit den weiteren Veränderungen aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen und ihren Konsequenzen für die Bank, mit der Geschäfts- und Risikostrategie sowie mit den einzelnen Risikoarten. Der Nominierungs- und Vergütungskontrollausschuss legte im Berichtsjahr den Schwerpunkt seiner Arbeit auf das Vergütungssystem der Bank.

Die Protokolle aller Ausschusssitzungen wurden jeweils dem gesamten Aufsichtsrat zur Verfügung gestellt. Zudem informierten die Ausschussvorsitzenden regelmäßig und ausführlich alle Mitglieder des Aufsichtsrates über die Inhalte der Ausschusssitzungen.

Darüber hinaus wurde der Aufsichtsrat durch bankinterne und externe Referenten in mehreren Modulen zu bankspezifischen Themen und zu der für die Bank konkreten Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen geschult.

Der Jahresabschluss 2015 wurde von der Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Er hat sich das Ergebnis der Abschlussprüfungen der Bank und ihrer Tochtergesellschaften sowie den Bericht über die Prüfung der Wertpapierdienstleistungsgeschäfte und der Depotprüfung für das Jahr 2015 ausführlich erläutern lassen. Die Berichte wurden ohne Beanstandung zur Kenntnis genommen. Der Aufsichtsrat billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss.

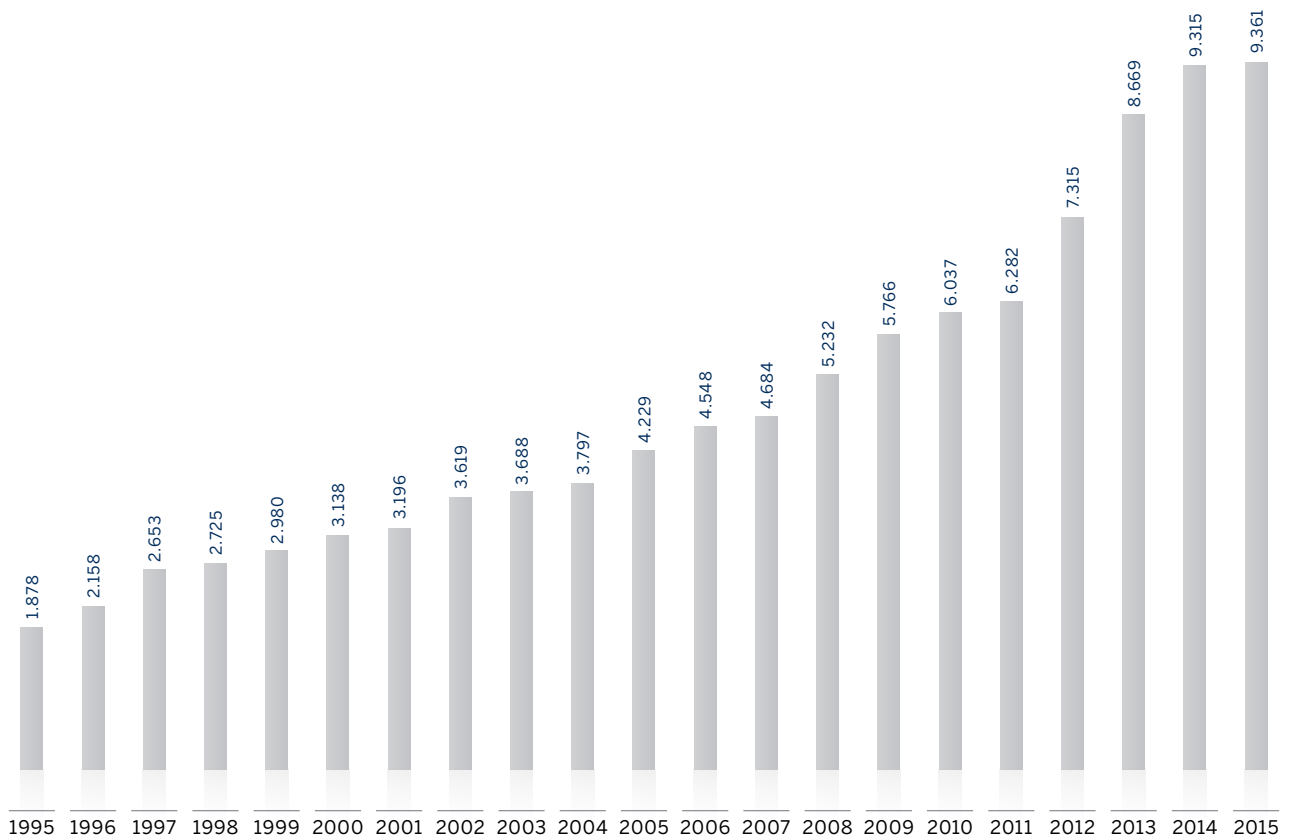
Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank und ihrer Tochtergesellschaften für ihr Engagement und ihren Erfolg im Geschäftsjahr 2015. Ebenso dankt er den Mitgliedern des Zentralbeirates für ihre aktive Unterstützung der Bank.

Köln, 17. März 2016

Für den Aufsichtsrat
Dr. Matthias Berger
Vorsitzender

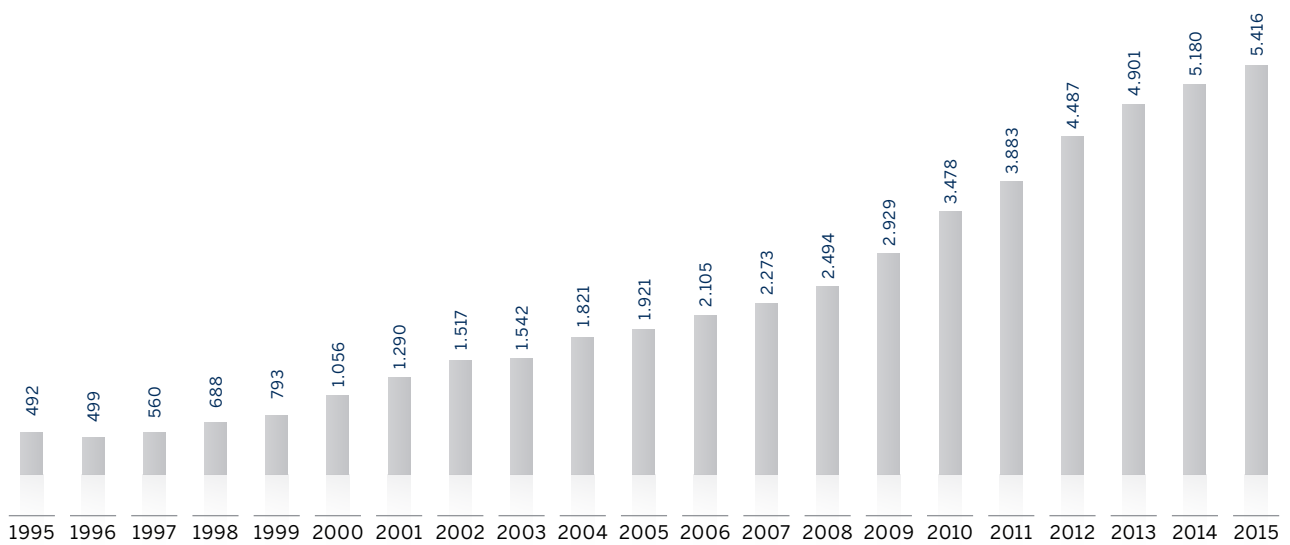
Bilanzsumme

in Mio. EUR



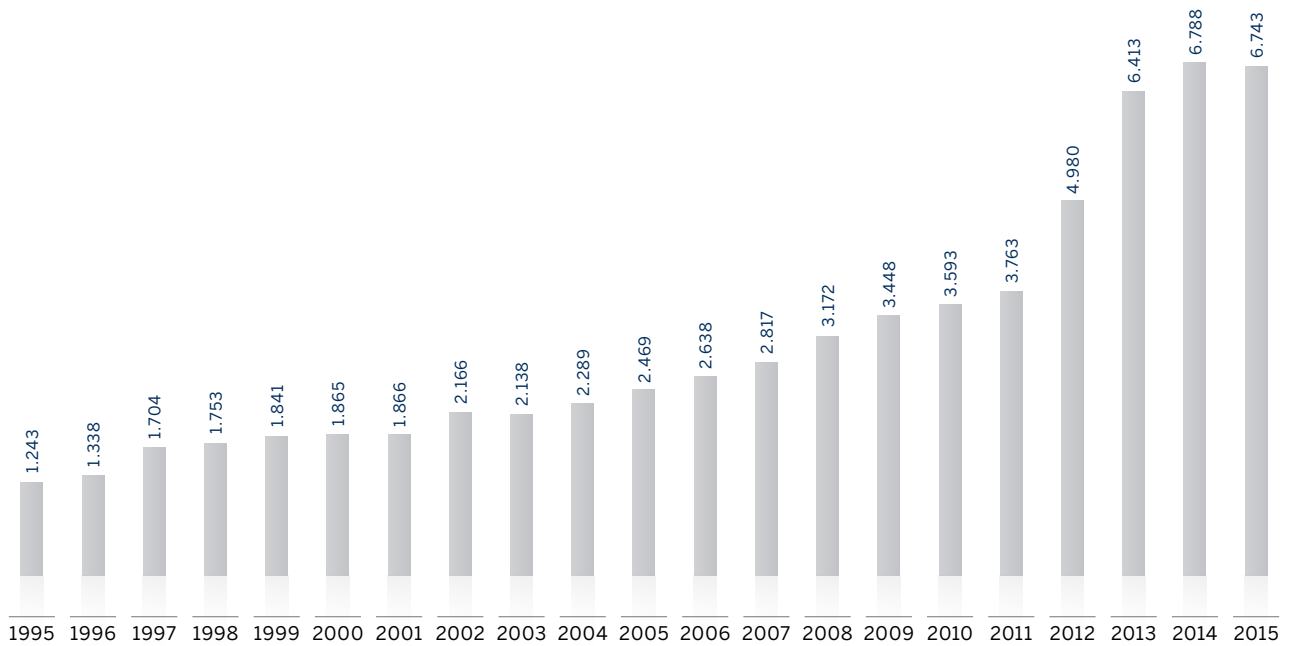
Kundenkredite

in Mio. EUR



Kundeneinlagen

in Mio. EUR



Jahresbilanz

zum 31. Dezember 2015

der Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft, Berlin und Köln

Aktivseite	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		897.831,12		
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		95.711.791,36		
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	-,-			
c) Guthaben bei Postgiroämtern		-,-	96.609.622,48	37.063
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		-,-	-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		2.353.002,26		
b) andere Forderungen		1.496.347,14	3.849.349,40	204.057
4. Forderungen an Kunden			5.415.972.114,62	5.179.734
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.333.621.500,10			(1.301.071)
Kommunalkredite	112.044.661,33			(108.164)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-			
ab) von anderen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-			
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		2.570.334.619,23		2.569.359
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.570.334.619,23			(2.569.359)
bb) von anderen Emittenten		990.240.507,34		1.041.336
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	990.240.507,34			(1.041.336)
c) eigene Schuldverschreibungen		-,-	3.560.575.126,57	-
Nennbetrag	-,-			-
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			43.997.872,62	43.718
6a. Handelsbestand			-,-	
7. Beteiligungen			2.057.335,00	2.057
darunter: an Kreditinstituten	-,-			-
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-			-
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			19.991.928,67	19.992
darunter: an Kreditinstituten	-,-			-
an Finanzdienstleistungsinstituten	9.500.000,00			(9.500)
9. Treuhandvermögen			172.680.518,27	174.133
darunter: Treuhandkredite	172.680.518,27			(174.133)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		8.647.844,17		10.835
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,-		-
d) geleistete Anzahlungen		1.024.677,08	9.672.521,25	739
12. Sachanlagen			20.465.494,13	21.878
13. Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital			-,-	-
14. Sonstige Vermögensgegenstände			13.140.762,70	8.162
15. Rechnungsabgrenzungsposten			1.509.836,05	1.782
16. Aktive latente Steuern			-,-	-
17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			-,-	-
18. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			-,-	-
Summe der Aktiva			9.360.522.481,76	9.314.845

Passivseite	Euro	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			101.249.689,19		6.476
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			1.597.786.218,22	1.699.035.907,41	1.630.501
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	224.456.402,42				177.666
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	136.125.721,55	360.582.123,97			101.782
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	5.439.732.196,73				5.034.030
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	942.477.067,65	6.382.209.264,38	6.742.791.388,35		1.474.455
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-,-		-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			-,-	-,-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-,-				-
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,-				-
3a. Handelsbestand				-,-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				172.680.518,27	174.133
darunter: Treuhandkredite	172.680.518,27				(174.133)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				25.810.012,06	5.388
6. Rechnungsabgrenzungsposten				6.488.294,08	7.845
6a. Passive latente Steuern				-,-	-
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			14.842.549,00		9.192
b) Steuerrückstellungen			476.444,36		476
c) andere Rückstellungen			9.864.370,43	25.183.363,79	9.517
8.				-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				144.132.363,35	159.465
10. Genusssrechtskapital				-,-	22.700
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig		-,-			
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				51.900.000,00	40.900
12. Eigenkapital					
a) eingefordertes Kapital					
gezeichnetes Kapital	36.400.000,00				36.400
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen		-,-			
abzüglich eigene Aktien Nominalwerte	-98.800,00	36.301.200,00			-86
b) Kapitalrücklage		43.449.286,45			43.424
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		-,-			-
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		-,-			-
cc) satzungsmäßige Rücklagen		-,-			-
cd) andere Gewinnrücklagen	371.000.000,00				320.850
abzüglich eigene Aktien Anteil Gewinnrücklagen	-1.115.590,00	369.884.410,00			-951
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust		42.865.738,00	492.500.634,45		60.682
Summe der Passiva			9.360.522.481,76		9.314.845
Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		101.404.911,25			107.887
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		-,-	101.404.911,25		-
Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-,-		-
c) unwiderrufliche Kreditzusagen		496.958.000,00	496.958.000,00		558.140

Gewinn- und Verlustrechnung

der Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft, Berlin und Köln
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	187.738.569,13			193.486
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	9.869.037,61		197.607.606,74	18.400
2. Zinsaufwendungen			55.249.025,20	69.690
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	639.157,05			845
b) Beteiligungen	117.061,08			116
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	485.348,46		1.241.566,59	485
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			6.206.094,19	6.104
5. Provisionserträge			7.889.615,52	7.877
6. Provisionsaufwendungen			4.476.500,22	3.987
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestandes			-,-	-4
8. Sonstige betriebliche Erträge			2.647.951,89	1.912
9. (weggefallen)				
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand		28.623.864,69		27.391
aa) Löhne und Gehälter				
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7.978.231,59	36.602.096,28		6.810
darunter: für Altersversorgung Euro 3.320.780,56				(2.821)
b) andere Verwaltungsaufwendungen	30.221.689,77	66.823.786,05		26.183
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			6.173.111,13	6.077
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.336.319,10	5.181
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			600.695,59	-
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			-,-	4.709
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			7800,00	-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			-,-	-
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			-,-	-
18. (weggefallen)				

19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		80.925.597,64	88.611
20. Außerordentliche Erträge		-,-,-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen		-,-,-	-
22. Außerordentliches Ergebnis		-,-,-	-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	27.023.308,76		27.984
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	68.548,78	27.091.857,54	-24
24a. Aufwendungen aus der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken § 340g HGB		11.000.000,00	-
25. Erträge aus Verlustübernahme		-,-,-	-
26. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		-,-,-	-
27. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	42.833.740,10		60.652
28. Gewinnvortrag / Verlustvortrag aus dem Vorjahr	50.181.997,90		51.330
	93.015.738,00		111.982
29. Entnahmen aus der Kapitalrücklage		-,-,-	-
	93.015.738,00		111.982
30. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der gesetzlichen Rücklage		-,-,-	
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		-,-,-	
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen		-,-,-	
d) aus anderen Gewinnrücklagen		-,-,-	
		93.015.738,00	111.982
31. Entnahmen aus Genussrechtskapital			
		-,-,-	-
		93.015.738,00	111.982
32. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die gesetzliche Rücklage		-,-,-	
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		-,-,-	
c) in satzungsmäßige Rücklagen		-,-,-	
d) in andere Gewinnrücklagen	50.150.000,00	50.150.000,00	51.300
	42.865.738,00		60.682
33. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals			
		-,-,-	-
34. Bilanzgewinn / Bilanzverlust		42.865.738,00	60.682

Anhang 2015

Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2015 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches unter Berücksichtigung der einschlägigen Vorschriften des Aktiengesetzes und des Kreditwesengesetzes sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss enthält sämtliche Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten.

Bei der Bewertung der im Jahresabschluss ausgewiesenen Vermögensgegenstände und Schulden haben wir die allgemeinen Bewertungsgrundsätze des § 252 Abs. 1 HGB sowie die für Kreditinstitute geltenden Bewertungsvorschriften des § 340e HGB beachtet. Von den nach § 340f HGB gegebenen Verrechnungsmöglichkeiten für bestimmte Aufwendungen und Erträge wurde Gebrauch gemacht.

Sämtliche Forderungen an Kunden und Kreditinstitute sind grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag ist als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Angekaufte Forderungen werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Allen erkennbaren Einzelrisiken sowie dem allgemeinen Risiko im Kreditgeschäft ist durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen worden. Die Bildung von Einzelwertberichtigungen orientiert sich am verbleibenden Blankoanteil notleidender Kreditengagements. Der Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen liegt das im Schreiben des BMF vom 10. Januar 1994 vorgesehene Verfahren zu Grunde.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens, bestehend aus der Liquiditätsreserve, haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot wurden vorgenommen. Die Anschaffungskosten bei Wertpapieren der gleichen Gattung haben wir nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Als Beteiligungen bilanzieren wir Anteile an anderen Unternehmen ab einer Beteiligungsquote von 20 % (§ 271 Abs. 1 HGB). Beteiligungsquoten unter 20 % werden in die Bilanzpositionen Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Sonstige Vermögensgegenstände ausgewiesen.

Treuhandvermögen und Treuhandverbindlichkeiten werden zum Nennwert bilanziert.

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens – Sach- und Finanzanlagen – werden zu Anschaffungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Für die geringwertigen Wirtschaftsgüter wurde ein Sammelposten gebildet, der im Geschäftsjahr der Bildung und in den folgenden vier Jahren zu jeweils einem Fünftel abgeschrieben wird. Anlagen bei Versicherungen werden zu den mitgeteilten Aktivwerten angesetzt.

Abzugrenzende Zinsen sind mit Ausnahme der Genussrechte in den jeweiligen Bilanzposten einbezogen.

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung wurde durch Bildung von Zinsrückstellungen ausreichend Rechnung getragen.

Die Rückstellungen wurden auf der Grundlage des § 253 HGB ermittelt. Anzusetzen ist hierbei der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendige Erfüllungsbetrag gemäß § 253 Abs. 1 HGB. Alle Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst (§ 253 Abs. 2 HGB).

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgte nach dem Teilwertverfahren in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2005G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Im Berichtsjahr wird ein von der Deutschen Bundesbank vorgegebener durchschnittlicher Marktzinssatz von 3,89 % bei der Bewertung zugrunde gelegt (im Vorjahr 4,58 %). Gehalts- und Rentenanpassungen sind mit 2,0 % p. a. eingerechnet.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag abzüglich eventueller Vorsorge bilanziert.

Zum Bilanzstichtag bestanden weder Forderungen noch Verbindlichkeiten in Fremdwährung.

Außerbilanzielle Finanzinstrumente werden im Rahmen des Risikomanagements zur Zinsbuchsteuerung eingesetzt. In diesem Zusammenhang bezieht die Bank die außerbilanziellen Finanzinstrumente in die verlustfreie Bewertung des Bankbuches ein.

C. Entwicklung des Anlagevermögens 2015

a) Sachanlagen / Immaterielle Anlagewerte

in Euro	Immaterielle WG	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Grundstücke und Gebäude	gesamt
Anschaffungskosten	35.209.559	19.598.836	44.449.410	99.257.805
Zugänge	1.854.527	1.171.848	-	3.026.375
Zuschreibungen	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-
Abgänge	346.399	204.819	-	551.218
Abschreibungen kumuliert	27.045.166	14.578.204	29.971.577	71.594.947
Buchwert am Bilanzstichtag	9.672.521	5.987.661	14.477.833	30.138.015
Abschreibungen Geschäftsjahr	3.668.326	1.626.818	877.967	6.173.111

Geringwertige Wirtschaftsgüter sind in Zugängen des Berichtsjahres mit 125.510 EUR enthalten.

b) Finanzanlagen

in Euro	Wertpapiere des Anlagevermögens	Beteiligungen	Anteile an verbun- denen Unternehmen	gesamt
Anschaffungskosten 31.12.2014	659.824	2.057.335	19.991.929	22.709.088
Zugänge	-	-	-	-
Abgänge	-	-	-	-
Anschaffungskosten 31.12.2015	659.824	2.057.335	19.991.929	22.709.088
Buchwert am Bilanzstichtag	659.824	2.057.335	19.991.929	22.709.088

Anschaffungskosten 31.12.2015	- Summe a und b -			121.966.893
Buchwert am Bilanzstichtag	- Summe a und b -			52.847.103

D. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Forderungen** haben folgende Restlaufzeiten:

in Euro	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b)	12.641	75.806	360.471	1.047.130
Forderungen an Kunden (A 4)	114.944.883	317.493.846	1.268.966.930	3.223.996.109

In den Forderungen an Kunden (A4) sind mit 490.570.347 EUR täglich fällige Forderungen enthalten.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren** sind im Folgejahr fällig:

in Euro	
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von öffentlichen Emittenten	20.040.550
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von anderen Emittenten	125.278.871

- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch **Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen** sind:

in Euro	Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen		Forderungen gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Forderungen an Kunden (A 4)	8.068.199	8.251.094	9.801.248	6.943.940

Im Treuhandgeschäft bestanden wie im Vorjahr keine Ausleihungen aus Bundesmitteln an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

- In folgenden Posten sind enthalten:

in Euro	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht m. d. Niederstwert bewertete börsenfäh. Wertpapiere
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	3.560.575.127	3.560.575.127	-	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	43.338.049	23.295.504	20.042.545	-

- Weitere Angaben zu den **Wertpapieren**

Von den in der Bilanz ausgewiesenen **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren** sind wie im Vorjahr keine Wertpapiere mit Nachrangabrede enthalten, ebenso in der Position **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere**.

- In der Bilanzposition **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** sind Anteile an Investmentfonds von mehr als 10 % enthalten. Es handelt sich um zwei Mischfonds mit dem Anlageschwerpunkt Euroländer, die im Wesentlichen direkt oder indirekt in festverzinsliche Wertpapiere und Aktien investieren. Der Buchwert beträgt 38.021.241 EUR, der Marktwert beläuft sich auf 39.100.557 EUR. Für das Geschäftsjahr erfolgten Ausschüttungen in Höhe von 575.317 EUR (einschl. anrechenbarer Ertragsteuern). Die Anteile können börsentäglich zurückgegeben werden. Die Bewertung erfolgt nach dem strengen Niederstwertprinzip.
- Besitz von **Kapitalanteilen** in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital		Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses
	%	Jahr	TEUR	Jahr	TEUR
Verbundene Unternehmen					
Direkt					
• BFS Betriebs- und Finanzwirtschaftlicher Service GmbH, Köln	100,0	2015	9.500	2015	-
• IS Immobilienfonds 6 GbR	88,2	2015	13.755	2014	337
Indirekt					
• BFS Immobilien-Service GmbH, Köln	100,0	2015	676	2015	-
• IM Immobilien & Management Drei GmbH, Köln	100,0	2015	25	2014	-2
• IM Immobilien & Management Fünf GmbH, Köln	100,0	2015	25	2014	36
Beteiligungen					
Direkt					
• BFS Mezzanine Fonds II GmbH & Co. KG	40,7	2015	4.900	2014	359
Indirekt					
• AGO Betriebsges. f. Sozialeinrichtungen GmbH, Köln	33,3	2015	27	2014	1.917
• BFS Abrechnungs GmbH, Hildesheim	49,0	2015	974	2014	1.736

Der Gewinn 2015 der BFS Betriebs- und Finanzwirtschaftlicher Service GmbH in Höhe von 5.186.837 EUR und der Gewinn 2015 der BFS Immobilien Service GmbH in Höhe von 1.019.257 EUR wurden im Rahmen der bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge an die Bank abgeführt und sind in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

Auf die Aufstellung eines Konzern-Abschlusses wird gemäß § 290 Abs. 5 HGB i. V. m. § 296 Abs. 2 HGB aufgrund untergeordneter Bedeutung der Tochter-Gesellschaften verzichtet.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Treuhandkredite und -verbindlichkeiten** gliedern sich wie folgt:

in Euro	
Forderungen an Kunden	172.680.518
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	159.337
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	172.521.181

In der Position werden Kredite aus Treuhandmitteln des Bundes in Höhe von 172.521.181 EUR ausgewiesen. Die Kredite aus sonstigen Programmen betragen 159.337 EUR.

- Im Aktivposten **Sachanlagen** sind enthalten:

in Euro	
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	14.477.833
Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.987.661

- Im Posten **Sonstige Vermögensgegenstände** sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in Euro	
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	6.253.309
Kapitallebensversicherungen zur Erfüllung von Versorgungsverpflichtungen	4.230.932
Sperrguthaben zugunsten der FMSA für die Bankenabgabe 2015	848.477

- In den **Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** sind Disagiobeträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten einschließlich der von uns ausgegebenen Schuldverschreibungen in Höhe von 826.548 EUR (Vorjahr 1.210.267 EUR) enthalten.
- Der nicht angesetzte Überhang latenter Steuern ergibt sich aus Buchwertunterschieden zwischen der Handels- und Steuerbilanz. Die Unterschiedsbeträge basieren auf steuerlich abweichenden Risikovorsorgen, Bewertungs- und Abzinsungssätzen. Passive latente Steuern bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Verbindlichkeiten** haben folgende Restlaufzeiten:

in Euro	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	529.548.535	59.129.866	313.077.737	642.080.039
Spareinlagen gegenüber Kunden mit vereinbarter Kündigungsfrist (P 2a ab)	-	123.771.076	12.354.646	-
andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit od. Kündigungsfrist (P 2b bb)	443.102.525	458.957.008	27.439.938	12.773.982

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1b) sind 53.950.042 EUR und in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2b bb) sind 203.615 EUR Verbindlichkeiten mit täglich fälliger Laufzeit enthalten.

- Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Vermögensgegenstände im Wert von 4.228.178.332 EUR als Sicherheit hinterlegt. Dabei wurden Wertpapiere und Kundenforderungen an die Kreditgeber verpfändet. Zum Bilanzstichtag bestand eine Inanspruchnahme der zu sichernden Darlehen in Höhe von 1.633.371.365 EUR.
- Im Posten **Sonstige Verbindlichkeiten** sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in Euro	
per 31.12.2015 fällig gewordenes Genussrechtskapital	22.700.000
Zinsanteile für Genussrechte	1.109.410
Steuerverbindlichkeiten	919.546
noch nicht beglichene Rechnungen	910.565

- In den **Passiven Rechnungsabgrenzungsposten** (P 6) sind Disagiobeträge aus Forderungen, die bei der Ausreichung in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 6.482.252 EUR (Vorjahr 7.838.522 EUR) enthalten.
- Bei der Berechnung der **Pensionsrückstellungen** erfolgte die Abzinsung mit dem von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsVO) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten sieben Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 HGB. Für die Bewertung zum 31.12.2015 wurde der Marktzinssatz mit Stand Dezember 2015 herangezogen. Es wurden nachstehende Parameter verwendet:

Pensionsalter	63 und 65 Jahre
Gehaltstrend	2,0 %
Rentendynamik	2,0 %
Zinssatz	3,89 % zum 31.12.2015 (Stand Dezember 2015) 4,58 % zum 31.12.2014 (Stand November 2014)

Kapitallebensversicherungen mit einem Aktivwert von 4.230.932 EUR, die zur Erfüllung von Versorgungsverpflichtungen abgeschlossen worden sind, wurden im Geschäftsjahr nicht mit den zugrunde liegenden Verpflichtungen verrechnet, weil die Voraussetzungen gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB nicht vorlagen.

Die **Rückstellungen für Altersteilzeit** wurde nach den Verlautbarungen des IDW RS HFA 3 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB ermittelt. Als Rechnungsgrundlagen dienten die „Richttafeln 2005G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Folgende Parameter wurden verwendet:

durchschnittliche Restlaufzeit	3,43 Jahre
Gehaltstrend	2,0 %
Zinssatz	2,41 % zum 31.12.2015 (Stand Dezember 2015)
	3,11 % zum 31.12.2014 (Stand November 2014)

- Angaben zu **Nachrangigen Verbindlichkeiten** (P 9):

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

Nominalbetrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
18.300.000	EUR	5,10 %	19.7.2021

Die Bedingungen der nachrangigen Darlehen entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank sind die nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

Im Geschäftsjahr fielen Zinsaufwendungen in Höhe von 6.851.278 EUR an.

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen** sind:

in Euro	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	3.538.808	3.686.291	31.895.786	32.616.399

- In Bezug auf die Gesamttätigkeit der Bank sind von wesentlicher Bedeutung:

Bilanzposition in Euro	
Vermerkposten 1 unter dem Bilanzstrich: Eventualverbindlichkeiten Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	101.404.911
Vermerkposten 2 unter dem Bilanzstrich: Andere Verpflichtungen Unwiderrufliche Kreditzusagen	496.958.000

Akute Risiken einer Inanspruchnahme aus den unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Haftungsverhältnissen sind durch Rückstellungen gedeckt. Die ausgewiesenen Verpflichtungen betreffen breit gestreute Bürgschafts- und Gewährleistungsverträge bzw. offene Kreditzusagen gegenüber Kunden. Die Risiken wurden im Zuge einer Einzelbewertung der Bonität dieser Kunden beurteilt. Die ausgewiesenen Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden tatsächlichen Zahlungsströme, da die überwiegende Anzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen werden. Bei den sonstigen Verpflichtungen gehen wir dagegen von einer grundsätzlichen Inanspruchnahme aus.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

- Sämtliche Erträge wurden im Inland erwirtschaftet.
- Aus Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden folgende Erträge erzielt:

in Euro	
Wertpapiergeschäft	2.668.748
Verwaltungs-/Treuhandkredite	1.402.702

- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. die Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

in Euro		
sonstige betriebliche Erträge (G+V 8)	Miet- und Pächterträge	1.340.270
sonstige betriebliche Aufwendungen (G+V 12)	Zinsaufwand für Pensions-, Altersteilzeit- und Jubiläumsrückstellungen	728.307

- Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

E. Sonstige Angaben

- Zum Bilanzstichtag bestanden folgende zinsbezogene Termingeschäfte zur Zinsbuchsteuerung:

Volumen im Derivatgeschäft per 31.12.2015 in Mio. EUR	Nominalbetrag			Summe	beizulegender Zeitwert negativ (-)
	Restlaufzeit <= 1 Jahr	Restlaufzeit 1–5 Jahre	Restlaufzeit > 5 Jahre		
zinsbezogene Geschäfte					
OTC-Produkte Zins-Swaps (gleiche Währung)	10	200	100	310	-36,6
OTC-Produkte Forward-Darlehen	47	31	-	78	8,2

Die Zinsswaps und Forward-Darlehen wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Hierbei werden die Zahlungsströme (Cashflows) mit dem risiko- und laufzeitadäquaten Marktzins diskontiert.

- Das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beläuft sich:

in Euro	
für die Abschlussprüfungsleistungen	144.157
für andere Bestätigungsleistungen	20.000
für Steuerberatungsleistungen	-

Davon betreffen TEUR 118 Aufwendungen für die Jahresabschlussprüfung sowie TEUR 20 Aufwendungen für andere Bestätigungsleistungen des Jahres 2015.

- Die Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e. V., Berlin, angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Garantieverbundverpflichtung verbunden, die auf das Zehnfache der mit dem Grunderhebungssatz (0,4 %) berechneten Garantiefondsbeiträge begrenzt ist. Die daraus resultierende Verpflichtung würde per 31.12.2015 maximal 17.420.384 EUR betragen.

Das für die Banken des Verbandes bestehende Garantievolumen ist zum 31.12.2015 nicht durch Ausfallbürgschaften oder Garantien belegt.

Ferner besteht gemäß § 7 der Beitritts- und Verpflichtungserklärung zum institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG), Berlin, eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

- Wesentliche Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen, die nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommen sind, waren nicht zu verzeichnen.

Aufgrund der bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit der Tochter- bzw. Enkelgesellschaft verzichtet die Bank für Sozialwirtschaft AG, Köln und Berlin, auf eine interne Leistungsverrechnung für die ausgelagerten Aufgaben und Tätigkeiten im Rahmen der Buchführung und Bilanzerstellung und bzgl. Personal, IT, Interner Revision, Compliance und Geldwäsche.

- Für frühere Mitglieder der Geschäftsführung und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2015 Pensionsrückstellungen in Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Barwertes von 11.808.321 EUR. Ihre Gesamtbezüge beliefen sich auf 2.667.833 EUR.
Für frühere Mitglieder des Aufsichtsrates bzw. Beirates bestehen solche Verpflichtungen nicht.
- Für die Mitglieder des Aufsichtsrates betrug die Jahresvergütung 347.055 EUR, für die des Beirates 10.250 EUR. Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstandes wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.
- Am Bilanzstichtag betrugen die gewährten Kredite an Organmitglieder:

in Euro	
Mitglieder des Vorstandes	412.159
Mitglieder des Aufsichtsrates	-

- Die Zahl der 2015 **durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer** betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter		
Prokuristen	8	-
Angestellte	292	65
	300	65
Gewerbliche Mitarbeiter	2	7
	302	72

Außerdem wurden durchschnittlich 7 Auszubildende beschäftigt.

- Das Grundkapital ist eingeteilt in 700.000 vinkulierte Namensaktien, welches ausschließlich aus Stammaktien besteht. Mit Beschluss der Hauptversammlung am 25.07.2001 wurde das Grundkapital in Stückaktien umgewandelt. Daraus leitet sich ein errechneter Nennbetrag von 52 EUR je Aktie ab.
- Beteiligungen Dritter von mehr als 25 % am Grundkapital der AG:

in Prozent	
Caritas-Stiftung Deutschland – Stiftung des Deutschen Caritasverbandes, Freiburg	25,5
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V., Berlin, und Stiftung Kronenkreuz, Leinfelden-Echterdingen	25,5

- Zum 31.12.2015 befinden sich 1.900 eigene Aktien im Bestand. Die Bewertung erfolgte mit den durchschnittlichen Anschaffungskosten von 639,15 EUR je Aktie, insgesamt 1.214.390 EUR. Davon entfallen 98.800 EUR auf das gezeichnete Kapital und 1.115.590 EUR auf die Gewinnrücklagen. Diese Beträge wurden in der Bilanz von den entsprechenden Posten offen abgesetzt.
- Im Geschäftsjahr 2015 wurden 8.095 Aktien (= 1,16 % bzw. 421 TEUR des Grundkapitals) zu 626 EUR je Stück und 5.861 (= 0,84 % bzw. 305 TEUR des Grundkapitals) zu 641 EUR je Stück angekauft, 7.852 Aktien wurden zu 626 EUR je Stück und 5.861 Aktien zu 641 EUR verkauft. Der Kursgewinn i. H. v. 24.990 EUR wurde den Kapitalrücklagen zugeführt. Laut Beschluss der Hauptversammlung vom 19.05.2015 ist der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels zu erwerben. Diese Ermächtigung gilt bis zum 18.05.2020.
- Im Bilanzgewinn von 42.865.738 EUR ist ein Gewinnvortrag von 31.998 EUR enthalten.
- Die Kapitalrendite gem. § 26a Absatz 1 Satz 4 KWG beträgt 0,46 %.
- Entwicklung der **Rücklagen:**

in Euro	Kapitalrücklage	andere Gewinnrücklagen
Stand per 01.01.2015	43.424.296	319.898.882
Eigene Aktien im Bestand per 01.01.2015		951.118
Zugang 2015 aus dem Bilanzgewinn 2014	-	50.150.000
Gewinn 2015 aus eigenen Aktien	24.990	
Veränderung des Bestandes an eigenen Aktien		-1.115.590
Stand per 31.12.2015	43.449.286	369.884.410

Name und Anschrift der Prüfungsgesellschaft

Deloitte & Touche GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Franklinstraße 50
60486 Frankfurt am Main

Mitglieder des Vorstandes

Prof. Dr. Harald Schmitz, Vorsitzender Bankkaufmann
Thomas Kahleis Bankkaufmann
Oliver Luckner Bankkaufmann

Mitglieder des Aufsichtsrates

Dr. Matthias Berger, Vorsitzender Wirtschaftsprüfer
Martina Arends, Stellv. Vorsitzende Vorstand a. D., AWO – Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.
Wolfgang Altenbernd Geschäftsführer a. D., AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Westliches Westfalen e. V.
Christian Graf von Bassewitz Bankier i. R.
Dr. Robert Batkiewicz Stiftungsdirektor, Caritas-Stiftung Deutschland e. V.
Dr. Norbert Emmerich Bundesschatzmeister, Deutsches Rotes Kreuz e. V., Präsidium
Dr. Jörg Kruttschnitt Vorstand Recht, Sozialökonomie und Personal, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.
Ulrich Lilie Präsident, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.
Hans Jörg Millies Finanz- und Personalvorstand, Deutscher Caritasverband e. V.
Dr. Ulrich Schneider Hauptgeschäftsführer, DER PARITÄTISCHE Gesamtverband e. V.
Prof. Dr. Friedrich Vogelbusch Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
Michael Warman Vorstand, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.

Berlin und Köln, 29. Februar 2016

Bank für Sozialwirtschaft AG
Prof. Dr. Harald Schmitz Thomas Kahleis Oliver Luckner

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Jahresbilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln, den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 29. Februar 2016

Deloitte & Touche GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Nemet)	(Dr. Zilch)
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Geschäftsstellen und Repräsentanzen

Zentrale

50668 Köln

Wörthstraße 15-17
Telefon 0221 97356-0
Telefax 0221 97356-478
E-Mail bfs@sozialbank.de

Geschäftsstellen

10178 Berlin

Oranienburger Straße 13/14
Telefon 030 28402-0
Telefax 030 28402-341
E-Mail bfsberlin@sozialbank.de

01097 Dresden

Theresienstraße 29
Telefon 0351 89939-0
Telefax 0351 89939-585
E-Mail bfsdresden@sozialbank.de

99084 Erfurt

Anger 66-73
Telefon 0361 55517-0
Telefax 0361 55517-579
E-Mail bfs Erfurt@sozialbank.de

45128 Essen

Huyssenallee 15
Telefon 0201 24580-0
Telefax 0201 24580-644
E-Mail bfsessen@sozialbank.de

22297 Hamburg

Alsterdorfer Markt 6
Telefon 040 253326-6
Telefax 040 253326-870
E-Mail bfs hamburg@sozialbank.de

30177 Hannover

Podbielskistraße 166
Telefon 0511 34023-0
Telefax 0511 34023-523
E-Mail bfs hannover@sozialbank.de

76131 Karlsruhe

Ludwig-Erhard-Allee 6
Telefon 0721 98134-0
Telefax 0721 98134-688
E-Mail bfs karlsruhe@sozialbank.de

50678 Köln

Im Zollhafen 5 (Halle 11)
Telefon 0221 97356-0
Telefax 0221 97356-177
E-Mail bfs koeln@sozialbank.de

04109 Leipzig

Neumarkt 9
Telefon 0341 98286-0
Telefax 0341 98286-543
E-Mail bfsleipzig@sozialbank.de

39106 Magdeburg

Joseph-von-Fraunhofer-Straße 2
Am Wissenschaftshafen
Telefon 0391 59416-0
Telefax 0391 59416-539
E-Mail bfs magdeburg@sozialbank.de

55116 Mainz

Fort-Malakoff-Park
Rheinstraße 4 G
Telefon 06131 20490-0
Telefax 06131 20490-669
E-Mail bfs mainz@sozialbank.de

80335 München

Karlsplatz 10 (Stachus)
Telefon 089 982933-0
Telefax 089 982933-629
E-Mail bfs muenchen@sozialbank.de

Repräsentanzen

34117 Kassel

Obere Königsstraße 30

Telefon 0561 510916-0

Telefax 0561 510916-859

E-Mail bfskassel@sozialbank.de

90402 Nürnberg

Königstraße 2

Telefon 0911 433300-0

Telefax 0911 433300-619

E-Mail bfsnuernberg@sozialbank.de

18055 Rostock

Mühlendamm 8b

Telefon 0381 1283739-0

Telefax 0381 1283739-869

E-Mail bfsrostock@sozialbank.de

70174 Stuttgart

Theodor-Heuss-Straße 10

Telefon 0711 62902-0

Telefax 0711 62902-699

E-Mail bfsstuttgart@sozialbank.de

Europa-Büro der BFS

BELGIEN

1040 Brüssel

Rue de Pascale 4-6

Telefon 0032 22303922

Telefax 0032 22802778

E-Mail bfsbruessel@sozialbank.de

BFS Service GmbH

50678 Köln

Im Zollhafen 5 (Halle 11)

Telefon 0221 97356-160

Telefax 0221 97356-164

E-Mail bfs-service@sozialbank.de

BFS Immobilien-Service GmbH

50668 Köln

Wörthstraße 15-17

Telefon 0221 97356-491

Telefax 0221 97356-249

E-Mail immo-service@sozialbank.de

BFS Abrechnungs GmbH

31137 Hildesheim

Lavesstraße 8-12

Telefon 05121 935623-0

Telefax 05121 935623-99

E-Mail info@bfs-abrechnung.de

Impressum

Herausgeber/Redaktion

Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft

Wörthstraße 15-17

50668 Köln

Telefon 0221 97356-0

Telefax 0221 97356-219

E-Mail bfs@sozialbank.de

www.sozialbank.de

Vorstand

Prof. Dr. Harald Schmitz (Vorsitzender)

Thomas Kahleis

Oliver Luckner

Aufsichtsratsvorsitzender

Dr. Matthias Berger

Handelsregister

Köln HRB 29259

Berlin HRB 64059

Umsatzsteuer-ID: DE 136634199

Satz

Visual Department

Konkordiastraße 61

40219 Düsseldorf

Druck

Druckhaus Ley + Wiegandt GmbH + Co

Möddinghofe 26

42279 Wuppertal

